

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

98 (28.4.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelgen. 20 J. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/4—1/2 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 80 J., auswärts 70 J. Die 2spaltige 1.20 M. — Bei Wiederholungen Rabatt — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor

Der Schlusssatz von San Remo.

Paris, 27. April. Nach Meldungen aus San Remo hat sich der Oberste Rat vor der Schließung der Konferenz noch mit der Frage des deutschen Luftschiffmaterials und der Frage der Kriegsschulden beschäftigt. Es wird jedoch nicht bekannt gegeben, welche Beschlüsse man in diesen beiden Fragen gefasst hat. Die Konferenz ist damit beendet und die Teilnehmer reisen heute ab.

Amsterdam, 28. April. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ aus San Remo erklärte Lloyd George gestern Abend beim Empfang der italienischen Journalisten, die Mitwirkenden würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spaa die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandeln. Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik des italienischen Ministerpräsidenten Ritti.

Die Konferenz der „Völkerbund“-Staatsmänner am Strande der Riviera hat an demselben nun doch noch zu einer Einigung auf der einzig möglichen Basis des Entgegenkommens gegenüber Deutschland geführt. Angesichts der warnenden Sturmzeichen in allen Ländern konnten die Staatsmänner es nicht mehr wagen, abermals neuen Jähzorn aufzuführen. Einen stark veröhnlichen Einfluß scheint auch der italienische Ministerpräsident Ritti ausgeübt zu haben, wie denn überhaupt die Luft von San Remo dem Gedanken eines wahrhaften Völkerverständnisses offenbar günstiger war als die von Versailles.

Vor allen Dingen ist die in Aussicht genommene Aussprache in Spaa zu begrüßen, wo den Mitwirkenden einmal Aug in Aug gegenüberzutreten und ihnen dargelegt werden kann, wie es in Wirklichkeit mit Deutschland steht. Die deutschen Vertreter werden wohl darlegen, daß Deutschland gemäß ist, den Vertrag bis zur äußersten Grenze des Möglichen zu erfüllen, aber das zum Leben Notwendige muß uns gelassen sein, gegeben werden. Es würde den Untergang nicht nur Deutschlands, sondern Europas bedeuten, wollte man das nicht endlich einsehen.

Die Bedingungen für die Räumung des Maingauer.

Paris, 27. April. Der Oberste Rat hat sich gestern mit den Bedingungen des Augustabkommens beschäftigt.

Die „Recht Journal“ mittels, werden die französischen und die belgischen Truppen den Maingau verlassen, wenn die deutsche Reichswehr im Industriegebiet noch 20 Bataillone, 6 Schwadronen und 2 Batterien umfassen wird. Bis zum 10. Juni sollen diese Truppen auf die Hälfte herabgesetzt und durch 5000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden. Der Rest der Truppen soll dann nach dem 10. Juni das Ruhrgebiet räumen und durch weitere 5000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden.

Sie bleiben die gleichen.

Zur Befehung Frankfurts und Darmstadts durch die Generalinspektion des Generals Koch hat die französische Sozialdemokratie einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß dieser Einmarsch auf Grund geheimer Abreden mit den deutschen Sozialistenspartei erfolge, die dafür den Freibrief eintauschten, die revolutionären Arbeiter im Ruhrrevier niederzumachen. So steht der Protest der französischen Sozialisten gegen eine selbst von den anderen Ententestaaten nicht billigte brutale Ausbreitung des französischen Militarismus aus!

Obwohl treiben es die belgischen Sozialisten. Der „Peuple“ hat zwar die Befehung von Frankfurt samt getadelt, im Ausschluß der Kammer für Auswärtige Angelegenheiten haben aber sämtliche Sozialdemokraten, darunter Guymans, das Verhalten der Regierung gebilligt. Gegen die Mordgeleien und sonstigen Gemeinheiten der Belgier in Eupen und Malmedy sagt der „Peuple“ keinen Ton. Kritisiert wird der „Lenteimperialismus“ nur durch die liberalen Blätter. Und das schließt ist: die belgischen und französischen Sozialisten glauben noch immer, ihre internationale Pflicht besser zu erfüllen, als wir Deutsche. Wohl deshalb, weil wir während des Krieges die Interessen unseres Landes nicht verraten haben. Wann werden diese Internationalisten wirklich international und gerecht denken gelernt haben!

Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Reichswehr.

Wie dem „Leipziger Tageblatt“ mitgeteilt wird, wurde einer am Sonnabendnachmittag in Witterfeld in einem Personenzuge sitzenden Abteilung Reichswehr das Wort „Koste“ zugerufen, worauf einer der Soldaten mit einem scharfen Schuß aus der Pistole antwortete. Die Fahrgäste des Zuges gerieten in große Erregung und machten den Soldaten „handgreiflich“ auf das Unzulässige seines Vorgehens aufmerksam. Drei Unteroffiziere der gleichen Abteilung befreiten den Soldaten und wollten die an der Schlägerei beteiligten Arbeiter festnehmen. Hierdurch wurde die Erregung gesteigert und die Unteroffiziere gerieten ins Gedränge. Sie gaben Schreckschüsse ab, und unglücklichweise gab in die fliehende Menge einer der Unteroffiziere zwei scharfe Schüsse ab, durch die ein Arbeiter getötet und zwei verwundet wurden. Jetzt verhindern die erbitterten Arbeiter die Weiterfahrt beider Züge und verlangen Festnahme der Schuldigen; leider wurde diesem Verlangen seitens der Führer der Reichswehrabteilung nicht stattgegeben. Die mittlerweile verhärteten Arbeiter entwarfen nunmehr die gesamte Reichswehrabteilung. Die drei hauptschuldigen Unteroffiziere waren in die Stadt entwichen und sollen den sie verfolgenden Arbeitern gegenüber erneut von der Waffe Gebrauch gemacht haben.

Ablehnung des Maifeiertages durch die Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 28. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Antrag Agnes (U.S.) betreffend Arbeitsruhe am 1. Mai sowie der Antrag Auer (Soz.) betreffend Einsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag abgelehnt und der Notetat gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen angenommen.

Im vorigen Jahre hat dieselbe Nationalversammlung den 1. Mai als Feiertag beschlossen. Wir müssen schon sagen, daß die Ablehnung in diesem Jahre durch das Zentrum und die Demokraten eine glatte Brüstung der sozialistischen Arbeiterschaft ist. Der Vorgang zeigt aber auch den Arbeitern, wie notwendig eine ausschlaggebende Vertretung der Arbeiterklasse im Reichsparlament ist.

Notenwechsel der Entente mit Holland.

WTB. Amsterdam, 27. April. Das im Orangebuch veröffentlichte Schreiben des französischen Geschäftsträgers in Haag vom 28. Juni 1919 wurde durch eine von Clemenceau unterzeichnete Note der Alliierten und assoziierten Regierungen übermittlelt, in der u. a. auf die Unruhe in den Niederlanden hingewiesen wurde, die hervorgerufen wurde durch Gerüchte, daß der Erbe der deutschen Krone aus dem neutralen Lande, in dem er interniert ist, entfliehen könnte. Diese Flucht zugulassen, würde ein internationales Verbrechen sein. Am Schlusse des Schreibens erklären die Alliierten sich bereit, die Bewachung des Kaisers zu übernehmen, wenn die holländische Regierung sich der Aufgabe nicht gewachsen fühle. — Die Antwort des holländischen Ministers des Aeußeren besagt, daß diese Mahnung an eine neutrale und befreundete Regierung peinlich überrasche und betont, daß die niederländische Regierung sich ihrer internationalen Verpflichtungen wohl bewußt wäre und nie ermannele, ihnen nachzukommen. Sie müsse sich die freie Ausübung ihrer Souveränität vorbehalten. Das im Orangebuch erwähnte Schreiben Lord Georges wurde der niederländischen Regierung am 30. März dieses Jahres zugestellt und erklärt, daß keine Vorwärtsmaßnahmen die Gefährdung des Kaisers verhindern könnten, solange der vormalige deutsche Kaiser 40 Kilometer von der deutschen Grenze belassen werden würde. Die Verantwortung für diesen Entschluß verbliebe der niederländischen Regierung, die abgelehnt habe, die von den Alliierten an sie gerichteten wiederholten ernsthaften Vorstellungen anzunehmen.

Polnische Forderungen in Oberschlesien.

WTB. Weuthen, 27. April. Zu den vorgestrigen polnischen Protestdemonstrationen in Oberschlesien ist noch nachzutragen, daß weitere wichtige Forderungen waren: Alle Beamten müssen der interalliierten Kommission das Freigeleitnis leisten; die Landräte und Bürgermeister der selbständigen Stadtkreise sind sofort ihrer Ämter zu entheben und durch Beamte der interalliierten Kommission zu ersetzen; schleunigst soll in Oberschlesien eine Volksschule eingerichtet werden; alle unruhigen, aus Deutschland gekommenen Elemente sind zu entfernen; die polnische Sprache ist als Pflichtfach in allen Schulen und als Lehrsprache in der Unterstufe der Volksschule einzuführen; die Grenze gegen Deutschland ist zu schließen; das Amtsblatt der Katowitzer Eisenbahndirektion soll in polnischer und in deutscher Sprache erscheinen; für Oberschlesien ist ein besonderes Oberbergamt zu errichten. Ferner wurde beschlossen, eine Delegation an die interalliierte Kommission zur Überreichung der angemessenen Entschädigung zu entsenden und einen Termin für ihre Erfüllung zu stellen. Für den Fall der Nichterfüllung der Forderungen soll der Generalstreik der Industriearbeiter und der Landwirte angekündigt werden.

Verdingung des Streikes in Ost-Lothringen.

WTB. Straßburg, 28. April. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist allgemein. Sämtliche Wälder erscheinen. Die Eisenbahner streiken aber weiter. In einer Zusammenkunft errieten die aus Paris zurückgekehrten Delegierten Bericht über die erzielten Erfolge. Den Delegierten wurde die Zufriedenheit der Versammlung ausgesprochen.

Aufruf Seccks an die Reichswehr.

Generalmajor v. Secck veröffentlicht heute einen Aufruf an die Offiziere der Reichswehr, in dem er sie zur Mitarbeit am Aufbau der neuen Reichswehr auffordert. — Er wendet sich außerdem gegen jede Form der Disziplinlosigkeit und tritt den Gerüchten über eine Auflösung der Reichswehr entgegen. Die Politik müsse unbedingt aus der Armee verschwinden. Die Regierung bemühe sich zwar, die Stärke der Reichswehr in ihrer jetzigen Höhe auch über den 10. Juli hinaus zu erhalten, wisse aber genau, daß alle Bemühungen bei den Gegnern aussichtslos seien. Es solle alles versucht werden, um dem nach dem 10. Juli entlassenen Heeresangehörigen den Lebensunterhalt zu erleichtern.

Die dänischen Wahlen.

Kopenhagen, 27. April. Gestern fand die Wahl zum Folketing statt. Nach dem vorläufigen Ergebnis wird sich das Folketing folgendermaßen zusammensetzen: Konservativ Partei 28 Mandate (Gewinn 6), Partei der Linken 48 (Gewinn 4), radikale Partei 17 (Verlust 16), Sozialdemokraten 42 (Gewinn 3), Erwerbspartei 4 (Gewinn 3). Die Wahlen bedeuten eine Niederlage der Radikalen, die das Ministerium bilden.

Aufgrund des Wahlergebnisses erwartet man die Bildung einer Regierung aus sogenannten Linksdemokraten.

Der Zerfall des Zentrums.

Von F. Meerfeld, M. d. R.

Parteien steigen auf, wirken, vollenden sich, steigen ab, verschwinden. Die deutsche Zentrumspartei könnte im Frühjahr 1921 ihr goldenes Jubiläum feiern, denn im Frühjahr 1871 erblickte sie in der jetzt noch bestehenden organisatorischen Form das Licht der Welt. Was vorher an politisch-konfessionellen Organisationen existierte, zählt nicht mit. Aller Voraussicht nach wird jedoch im Zentrum von Jubiläumstimmung herzlich wenig zu hören sein. Denn die Partei hat unheilbar den Spaltplatz in ihrem Innern, sie ist krank und morsch, sie wird ein Opfer der Zeit. Der Zerfall des Zentrums wurde schon duzendfach prophezeit. Die Prophezeiungen gingen jedesmal fehl, denn stets wurde die Lebensfähigkeit der Partei unterschätzt. Jetzt aber geht es, wenn nicht alles täuscht, unrettbar dem Ende entgegen.

Krieg und Revolution, diese zwei großen Umwerter aller Werte, geben der politischen Einheit des katholischen Volksteils den Todesstoß. Niemals zuvor sind mit solcher Leidenschaft Gegenläufe aufeinandergeplagt, nie hat sich eine Scheidung der Geister mit solcher Klarheit vollzogen, wie gegenwärtig. Früher hatte man gut: da hatte man den Kulturkampf, an dessen Resten man noch Jahrzehnte lang nagen konnte, da hatte man Parteischmerz, Schulkonflikte, lauter schöne Sachen, um die Glaubensgenossen politisch bei der Stange zu halten und alle materialistische Begehrlichkeit immer wieder in ihre Schranken zu verweisen. Vor fünfzig Jahren bei den Wahlen besorgte noch der unabhängige Adolf Hoffmann lieblich das Geschäft, indem er dem Zentrum mit beispielloser Tapferkeit die Säen in die Krühe trieb.

Aber heute? — Das Zentrum ist Regierungspartei geworden, mit Demokraten und, was weit schlimmer ist, mit Sozialdemokraten sitzt es in der Koalition; mit ihnen zusammen macht es eine „unchristliche“ Verfassung, schließt den „Schmachfrieden“ von Versailles, bewilligt unter Erzbergers Führung — das Schlimmste von allem — Steuern und abermals Steuern. Und hat überdies so gut wie gar keine Gelegenheit mehr, ein Kulturkampffeuerschiff anzuzünden und für seine Politik den lieben Gott zu reklamieren. Währenddem aber vollzieht sich draußen die gewaltigste wirtschaftlich-soziale Revolution, die alle Geruchsamkeit brutal aus der Welt fortjagt und die Klassen sowie die Berufsstände toll durcheinanderwirbelt. Diesem Sturmwehter ist das Zentrum nicht gewachsen. Der Adel rebelliert, die hohe Geistlichkeit ist empört, der Bauer tobt, auch der Mittelständler wird wild. Ein wüster Interessenkampf wütet innerhalb der Zentrumsmauern und erschüttert das Gebäude bis in seine Grundfesten.

Dieser Lage ist der Reichsausschuß der Partei verfallen gewesen und hat beschwörende Mahnungen zur Einigkeit hinausgeschleudert. Inzwischen aber haben sich in Köln und anderwärts schon besondere Gruppen organisiert und ein eigenes Programm veröffentlicht. Daß ausgerechnet im heiligen Köln, dem deutschen Rom, die Rebellen zuerst und am kühnsten ihr Haupt erheben, ist sicher nicht ohne Reiz. In Köln sah immer der eigentliche Generalstab der Zentrumspartei, dort regierten die Bachem und Trimborn, dort erscheint auch die bedeutendste Tageszeitung der Partei. Köln war dem Zentrum vorbildlich für das ganze Reich. Jetzt nun ist gerade in dieser Hochburg der Skandal am schlimmsten. Die „Kölnische Volkszeitung“ gibt Kunde von den „Nichtlinien einer christlichen Politik“, die von Kölner Mittelständlern und Akademikern formuliert worden sind; sie verlangen von der Partei, daß sie die bisher im Reich und in Preußen geangenen Wege verlasse und vor allem der Sozialdemokratie schärfsten Kampf ansage. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß den Kölner Zentrumstreibern die ganze Richtung der offiziellen Parteipolitik höchst zuwider ist. Die drei innerhalb der Partei sich am meisten befühenden Richtungen: Agrarier, Mittelständler, Arbeiter, drohen — das erkennt das Zentrumskomitee — die Partei völlig zu unterminieren. Aber woher soll Hilfe kommen?

Für die Zustände und die Stimmung in der Partei ist ferner ein „Und die Zentrumspartei“ überschriebener Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“ bezeichnend. Die kommenden Wahlen, so heißt es da, würden für die Partei eine unaußerliche Belastungsprobe bedeuten. Die Beamten, der Mittelstand und die Arbeiter hätten sich innerhalb der Partei gesondert organisiert und verschärft die Gegenläufe. Auch auf dem Lande herrsche währende Unzufriedenheit. Weitere Schwierigkeiten lägen auf dem Gebiete der Kultur, Schul- und Kirchenpolitik. Der Artikelschreiber befürchtet einen erbitterten Kampf um die Aufstellung der Reichstagskandidaten und hat hoffnungsvoll hinzu, eine große politische Partei könne sich auf die Dauer nämlich zu einem Zweckverbande wirtschaftlicher Gruppen aufbauen.

Das Meaerdt gegen alle dem Zentrum drohenden Gefahren liegt natürlich wieder sehr nahe: Appell an die Re-

großen Inkohärenz, Aufspaltung konfessioneller Leidenschaften, Gruppierung der Menschheit in zwei große Lager, die sich von einander zu trennen sind: Heiden und Christen, Böse und Gute. Diesmal wird aber, so wissen wir, das Regent ganz bestimmt seine Wirkung verfehlen. Sammet doch selbst das offizielle Organ der Kölner Zentrumspartei, die „Rheinische Volkswacht“, daß allem Anscheine nach eine Einigung mit den Sonderbündlern nicht mehr möglich sein werde. Die Zerstückelung schreitet unaufhaltsam fort. Kein Wunder daher, daß die bislang zentrumstreuen katholischen Arbeiter bereits erpägen, unter Hinzuziehung evangelischer Elemente eine besondere „christlich-nationale Arbeiterpartei“ zu gründen. Die Grundlage einer solchen Organisation wäre in den christlich-nationalen Gewerkschaften schon gegeben.

Scheiden aber die Arbeiter wirklich aus, so wird die Parteileitung den Rest ihrer Habe durch einen starken Rückstoß nach rechts zu retten versuchen. Hat doch Herr Trimborn der Deutschen Volkspartei bereits eine zwar noch verächtliche, aber doch deutlich hörbare Liebeserklärung gemacht. Was ohne den Arbeiterflügel im Zentrum noch übrig bleibt, ist in der Tat durchweg reaktionär und nicht allein reif für die Deutsche Volkspartei, sondern auch für die Deutschnationalen. Die Gelenkigkeit seiner Taktik war stets die Stärke, aber auch die Schwäche des mit Grundfäden niemals beschwerten Zentrums, das je nach der Stimmung seiner Wähler und der politischen Konjunktur bald nach links, bald wieder nach rechts hinüberzweifte. Eine Orientierung nach rechts würde aber unter den gegebenen Umständen den Auflösungsprozess nicht aufhalten, ihn vielmehr noch beschleunigen, weil nach dem Abfall der Arbeiter das Gefüge der Partei so empfindlich gelockert wäre, daß sie bestenfalls nur noch ein Anhängel an der Reichspartei sein könnte. Bleiben aber die Arbeiter, so geht das Gras der anderen.

Das Zentrum hat sich überlebt, es ist altersschwach geworden.

Das Schicksal einer ehemals stolzen und in sich gefestigten Partei vollendet sich. Perpetuieren von den wirren Gegensätzen der Zeit, wird das Wort Schöbrens an ihm zur Wahrheit, daß heute die Gemeinamkeit der Weltanschauung von den wirtschaftlichen Interessengegenständen befreit werde. Und das bedeutet für das Zentrum den sichern Tod. Daß diese Zerlegungserscheinungen von uns Sozialdemokraten sehr beachtet zu werden verdienen, braucht kaum noch betont zu werden.

Politische Uebersicht.

Edvard Bernstein über die Situation in Deutschland.

In der Generalversammlung der Groß-Berliner Parteigenossen führte Genosse Edvard Bernstein u. a. aus:

Es ist nicht alles geschehen, was geschehen konnte, und manches ist geschehen, was nicht gut war. Zum Kritisieren haben wir also das Recht. Bei der Reichswehr muß vieles geändert werden. Wir brauchen eine republikanische Macht. Die heutige demokratische Republik hat das Recht, denen, die sie stürzen wollen, mit energischen Mitteln entgegenzutreten. Die allgemeine Anzugslosigkeit, die durch das Volk geht, ist verabscheulich, aber nicht berechtigt. Es ist eben nicht alles durchführbar; auch die Planwirtschaft Wiffells wäre nicht durchführbar gewesen. Unsere Industrie wird in dem großen Umfange nicht bestehen können. Die Industriearbeiter werden damit rechnen müssen, auszuwandern oder auf das Land zu gehen. Ein Teil unserer Genossen hat sich verlesen lassen, die Demokratie zu unterschätzen. Das ist ein Mißtrauen in die eigene Kraft. Wir sind Schritt für Schritt vorwärts gekommen und erstarkt. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Auch für die Zukunft könnte eine Koalitionsregierung wiederkommen. Aber nicht die Koalition war das Schädigende, sondern die Schwäche einzelner unserer Genossen. Wir setzen uns in der Frage der Koalition nicht die Tür verammeln. Auch eine rein sozialistische Regierung wird keine Wunder verrichten können

und von den bestehenden Zuständen abhängig sein. Bei dem Wahlkampf müssen wir den Wählern zeigen, was bisher schon erreicht ist. Dann wird auch die Begeisterung eintreten, die uns zum Siege führen wird.

Der neue Stimmzettel zur Reichstagswahl.

Das neue Reichstagswahlgesetz ändert auch den Stimmzettel. Es wird bei der nächsten Wahl nicht mehr notwendig sein, alle Kandidaten auf ihn zu benennen. Es genügt durchaus, wenn einer aus der aufgestellten Liste auf dem Stimmzettel steht. Er gilt dann für die ganze Liste, auch kann die allgemeine Parteibezeichnung auf dem Stimmzettel genügen.

Wichtiger als diese Bestimmungen ist der Wegfall der bisherigen Anordnung, daß der Stimmzettel aus geglätteten Papier gedruckt werden muß. Diese Bestimmung hat längst ihren Sinn verloren, seitdem die Abgabe des Stimmzettels im unbedingten Ausmaß vorgeschrieben ist. So wird bei den kommenden Wahlen der Stimmzettel auf Zeitungspapier gedruckt werden können und wird dann trotz des hohen Papierpreises doch nur einen Bruchteil eines Pfennigs kosten, während die auf dem bisher vorgeschriebenen geglätteten weißen Papier mehrere Pfennige geloset hätte, was neben der sonstigen Vergrößerung der Wahllokalen eine ganz außergewöhnliche Verteuerung der Wahlvorbereitungen hervorgerufen hätte.

Die kommunistischen Reichstagskandidaten für Berlin.

In der Mitgliederversammlung der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartacus-Bund), Bezirk Groß-Berlin, wurden als Kandidaten für die Reichstagswahlen folgende Personen vorgeschlagen: 1. Maxa Jettin (Stuttgart), 2. Paul Lewi (Berlin), 3. Wilhelm Pies (Steglitz-Berlin), 4. Paul Lange (Rantow), 5. Ernst Meyer (Steglitz), 6. Hugo Gerlein (Mariendorf), 7. Rich Hedert (Chemnitz), 8. Hoff Wolffstein (Berlin), 9. Otto Franke (Neußlin), 11. Max Birkel (Neußlin), 12. Hermann Köhl (Berlin), 13. Bruno Peters (Charlottenburg), 14. Jakob Walcher (Stuttgart).

Ein unabhängiges Geständnis.

Auf dem Parteitag der „Sächsischen Unabhängigen“ erklärte nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ (vom 24. April 1920) der Führer der Leipziger Unabhängigen, Lipinski: „Wir diskutieren, und die Bürgerlichen schreiben darüber ihre Leute in alle einflussreichen Stellen des Staates und festigen dadurch ihre Macht. Wir dürfen nicht im Formalismus erstarren, sondern müssen handeln, wo sich dazu Gelegenheit bietet. Mit endlosen Debatten wird die Welt nicht umgebildet.“

Wir müssen auch einmal den Mut haben, einzusehen, daß wir viele Dummheiten gemacht haben.

Zu Anfang der Revolution waren auch die Kommunisten bereit die Regierung mitzubilden. Im entscheidenden Moment wollten sie jedoch um, weil sie die Verantwortung nicht tragen wollten. Unsere Genossen haben ähnliche Dinge unterkühlt und deshalb mußten wir jederzeit aus der Regierung austreten. Dann kam der fast einjährige Belagerungszustand. Glauben Sie, das hätte möglich gewesen wäre, wenn wir in der Regierung geblieben wären? Wenn bei der Bildung einer Reichsregierung bereits den Beamtenorganisationen und den Kirch-Vereinigungen und christlichen Gewerkschaften eine Vertretung zugebilligt werden sollte, dann können wir auch eine Bildung mit Reichssozialisten nicht ablehnen, denn die angezogenen Gewerkschaften stehen parteipolitisch bei den Demokraten oder beim Zentrum.“

Herr Lipinski hat nicht unrecht. Wenn die Unabhängigen, statt endlos rabuläre Phrasen zu sprechen, mit uns positiv gearbeitet und den Mut zur Verantwortung gehabt hätten, hätte es in dieser Beziehung besser um die Zustände in Deutschland. So aber haben sie getuschelt und die Agitationsbedürfnisse über die Pflicht gestellt, dem deutschen Volke in seiner Not zu helfen. Seither schwächen und verächtlichen sie, geleistet haben sie nichts, außer in der systematischen Forderung und Sabotierung des Fortschritts auf allen Gebieten. Es ist wertvoll, daß man diese berechtigten Vorwürfe gesteht auf unabhängige Zeugnisse ergehen kann.

Ein einsichtiger und vernünftiger Unabhängiger.

Hugo Peterfen, Mitglied der Sozialisierungskommission der U.S.P. und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Theoretiker, hat eine Broschüre über die Voraussetzungen für die Diktatur des Proletariats geschrieben, die von der Gesellschaft

„Aufbau und Werden“ herausgegeben wird (Hirn-Verlag, Berlin W. 57. 1.). Sie bedeutet einen Schritt näher dem Ziele der Selbstbefähigung, dem die vernünftigeren Kreise der Unabhängigen Sozialdemokratie zustreben. Es wird nämlich höchste Zeit, daß Oppositionsparteien jenes Verantwortungsgefühl erwerben, das nach den Voraussetzungen dessen fragt, was sie erreichen wollen. Peterfen stellt sich dabei auf Rabel, der in einer seiner Broschüren sagt: „Es ist unfaßlich, die Ergreifung der Macht zu erstreben, bevor man Aussicht hat, sie zu halten.“ Und in logischer Erkenntnis weiter: „Das Proletariat kann nur siegen, wenn es von den Sympathien der großen Mehrheit des Volkes, also auch der kleinbürgerlichen Schichten getragen wird.“ Bedeutet diese Worte Rabels nicht die Rechtfertigung unserer Erstrebung des Sozialismus auf demokratischem Wege?

Peterfen kommt zu der Erkenntnis, daß die Voraussetzungen für die Errichtung einer Diktatur des Proletariats heute fehlen. Er weist auf die Erfahrungen in München und Budapest hin. Von den Vollversammlungen der Groß-Berliner Arbeiterräte schreibt er:

„War je ein bürgerliches Parlament, selbst der erste polnische Reichstag eingeschlossen, eine so fürchterliche Schmach? Eine schier ungläubliche Unfähigkeit im politischen Arbeiten. Gegenüber den „Rebelhirschen“, die zuerst alles zusammenstürzen lassen wollen, um dann aufzubauen, beweist er auf den durch die organische Entwicklung der Wirtschaft vorgeschriebenen Weg. Die Produktion müsse in den Mittelpunkt gestellt werden, nicht der Mensch, der sie zu leisten hat. Darum müsse ein Sozialismus der Produktionsmittel, nicht Kommunismus der Bedarfsüter erstrebt werden. Das können wir ohne die geistigen Kräfte des tätigen Bürgertums nicht erreichen, die erst für die sozialistische Wirtschaft zu gewinnen sind, ehe man sie in Angriff nehmen kann.“

Räcken doch die nüchternen und klaren Erkenntnisse eines Wirtschaftspolitikers die agitatorischen Bedürfnisse der Unabhängigen endlich überwinden. Dann wäre auch die Möglichkeit für die hauptsächlichste Voraussetzung zur Verwirklichung sozialistischer Gesellschaftsordnung gegeben, die Peterfen anführt: Die Einigung des ganzen Proletariats!

Die Vorgeschichte des Weltkrieges.

Veröffentlichung des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 26. April. Der Untersuchungsausschuss des Reichstages, der die Vorgeschichte des Krieges zu studieren hatte, veröffentlicht auf 120 Seiten eine Zusammenfassung der schriftlichen Auskünfte, die ihm auf seine Anfrage von den im Juli 1914 maßgebenden Männern zugegangen sind. Die Angaben von Bethmann Hollweg über die politische Haltung des Reichskanzlers Tschirch und über den angeblichen Besonderen Kronrat geben im allgemeinen einen Auschnitt aus seinem Buch zum Weltkrieg. Besonderen Nachdruck legt von Bethmann Hollweg auf die Audienz des serbischen Ministerpräsidenten Pašić beim Zaren am 2. Februar 1914. Nach dieser Audienz wußte Pašić, daß Serbien nicht allein bleiben werde, was es in einen Konflikt kame. Die Schlussworte des Zaren waren ein feierliches Versprechen: „Für Serbien werden wir alles tun. Grüssen Sie den Vätern, und sagen Sie ihm, für Serbien werden wir alles tun.“ — Das war, so betont von Bethmann Hollweg, die Vorbereitung auf den Weltkrieg, dessen die russischen Machthaber bedenkten, um Herren der Dardanellen zu werden. Dem Pazifismus gegenüber erinnert der frühere Reichskanzler an den spanischen Krieg Amerikas, den Transatlantik Krieg Englands, den japanischen Krieg Australiens, die Kolonialkriege Frankreichs, den Tripoliskrieg Italiens und bemerkt: „Daß der Krieg gegen Serbien in Betracht gezogen wurde, mögen viele Anhänger des Pazifismus verurteilen; nicht aber darf es unter Verleugnung der eigenen Geschichte von denjenigen Regierungen als Frevdel gebrandmarkt werden, deren Staatsmänner in Versailles unterzeichnet haben.“ — Fürst Lichnowski bleibt dabei, daß Tschirch Kriegspropaganda betrieben habe, während andere Persönlichkeiten das Gegenteil aussagen.

Die Auskünfte über die politischen Vorgänge am 5. und 6. Juli über den sogenannten Kronrat bringen nichts Neues. So berichtet der frühere Kriegsminister von Falkenhayn über seine Unterredung mit dem Kaiser: Seine Frage, ob das Heer für alle Fälle bereit sei, habe ich bejaht. Meine Frage, ob noch irgend welche Vorbereitungen zu treffen seien, hat der Kaiser kurz abgelehnt. Eingehendere Aussagen finden sich darüber, ob vor der Ueberreichung des Ultimatus finanzielle und wirtschaftliche

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjef.

„Jetzt wird er gehen“, dachte Jenitschka. Aber er ging nicht, und sie stand wie angewurzelt und nur leise die Finger bewegend vor ihm.

„Warum haben Sie den Kleinen forttragen lassen?“ begann endlich Paul Petrowitsch von neuem. „Ich habe Kinder gern; zeigen Sie ihn mir mal.“

Jenitschka wurde vor Verwirrung und Freude über und über rot. Sie fürchtete Paul Petrowitsch; er sprach fast nie mit ihr.

„Dunjascha!“ rief sie, „bringen Sie Mirja (Michael) mal her. Jenitschka duzte niemand im Hause.“ „Ach nein, bleiben Sie, er muß erst angezogen werden.“

„Das ist durchaus nicht nötig“, sagte Paul Petrowitsch. „Es dauert nur einen Augenblick“, versetzte Jenitschka; und sie ging rasch aus dem Zimmer.

Als Paul Petrowitsch allein war, sah er sich mit großer Aufmerksamkeit um. Das kleine niedrige Zimmer, in dem er sich befand, war sehr sauber gehalten. Es verdeckte einen Geruch von Kamille, Nelisse und Zitrnis, denn der Fußboden war frisch gestrichen. Den Wänden entlang standen Stühle mit Rückenlehnen in Form einer Leiter; sie waren von dem verstorbenen General aus dem letzten polnischen Feldzuge mitgebracht worden. In einer Ecke stand ein kleines Bett mit Vorhängen aus Kesseltuch und daneben ein kleiner eisenbeschlagener Koffer mit gewölbtem Dedel. In der entgegengesetzten Ecke brannte eine kleine Lampe vor einem großen finstern Bilde des heiligen Nikolaus. Ein kleines porzellanenes Ei hing an einem durch den Heiligenstein des Bildes geschlungenen roten Bande auf der Brust des Heiligen. Auf den Fensterbrettern standen grünlich schimmernde und sorgfältig verschlossene Glasbüchsen mit eingemachtem vom vorigen Jahre; auf das Papier, welches sie bedeckte, hatte Jenitschka eigenhändig mit großen Buchstaben das Wort „Stachelbeeren“ geschrieben. Nikolaus Petrowitsch liebte diese Konfitüren ganz besonders. Von der Decke herab hina an einer langen Schnur ein Vogel-

bauer, in welchem sich ein grüner Reissig mit gestuften Flügeln befand. Unanständig zwitscherte und hüpfte er umher, wodurch der Bauer in einem ununterbrochenen Schaukeln und Wiegen gehalten wurde; Sanftörner fielen unter leisem Geräusch auf den Boden. Zwischen den Fenstern, über einer kleinen Kommode, hingen ziemlich schlechte Photographien von Nikolaus Petrowitsch in verschiedenen Stellungen; sie rührten von einem Wanderkünstler her. Die Photographie von Jenitschka selbst hing dort ebenfalls. Sie war sehr schlecht getroffen: ein Gesicht ohne Augen, das gezwungen lächelte, hob sich von einem schwarzen Grunde ab — das war alles, was man unterscheiden konnte. Ueber Jenitschkas Porträt sah man den General Jermoloff, der, in einen kurzen Tücherfremantel gehüllt, finster nach dem Kaukasus im Überrock (Jermoloff befehligte in den ersten Jahren der Regierung des Kaisers Nikolaus die kaukasische Armee), der am fernten Horizont sichtbar wurde; ein kleines, an demselben Nagel hängendes seidenes Häufchen fiel ihm mitten auf die Stirn.

Etwa fünf Minuten vergingen; während derselben hörte man im anstößenden Zimmer Gesichter und das Geräusch seiner Schritte. Paul Petrowitsch nahm von der Kommode ein etwas fettiges abgegriffenes Buch auf. Es war ein einzelner Band von Wassiljews „Streifen“. Er wendete einige Blätter um. Die Tür ging auf und Jenitschka trat mit Mirja auf dem Arme wieder ins Zimmer. Das Kind trug ein rotes, am Kragen mit Borste besetztes Hemdchen. Seine Mutter hatte ihm die Händchen gekämmt und sauber das Gesicht gewaschen. Es atmete laut, strampelte mit den Füßchen und fuhr, wie das alle gefunden Kinder tun, mit den Händchen beständig hin und her. Aber das elegante Hemdchen machte sichtlich Eindruck auf den Kleinen; auf seinem ganzen runden Gesichtchen war der Ausdruck der Befriedigung zu lesen.

Jenitschka hatte nicht vergessen, ihr eigenes Haar in Ordnung zu bringen; auch ein neues Kragechen hatte sie umgelegt. Aber sie hätte sich die Mühe sparen können; sie hatte auch vorher einen angenehmen Eindruck gemacht. Und in der Tat, kann es etwas Reizenderes in der Welt geben als eine junge schöne Mutter mit einem gefunden Kinde auf dem Arm?

„Welch ein stämmiger Bursch!“ sagte wohlwollend Petrowitsch und schielte Mirja mit der Nagelspitze des Zeigefingers das Doppelkinn. Das Kind betrachtete den Reissig und fing an zu lachen.

„Das ist dein Onkel“, sagte Jenitschka, indem sie ihr Gesicht dem des Kindes näherte und es leicht schüttelte, während Dunjascha verflohen vor dem Fenster ein brennendes Räucherkerzen auf eine Aufmerksamkeits stellte.

„Wie alt ist er?“ fragte Paul Petrowitsch.

„Sechs Monate; am eiften des laufenden tritt er in den siebenten.“

„Ist es nicht der achte, Fedosja Nikolowna?“ mißte sich Dunjascha etwas schüchtern ins Gehör.

„Nein, der siebente; ich weiß es bestimmt.“

Als das Kind den Koffer gewahrte, begann es wieder zu lachen und ergriffte plötzlich mit allen fünf Fingern Nase und Mund seiner Mutter.

„Du kleiner Taugenichts!“ sagte Jenitschka, ohne jedoch ihr Gesicht von den Fingern des Kleinen und Petrowitsch.

„Er gleicht meinem Bruder“, bemerkte Paul Petrowitsch. „Er gleicht meinem Bruder“, bemerkte Paul Petrowitsch.

„Wem sollte er denn sonst gleichen?“ dachte Jenitschka. „So“, fuhr Paul Petrowitsch fort, als ob er mit sich selbst geredet hätte, „die Ähnlichkeit ist unbestreitbar.“

Er fing an Jenitschka mit aufmerksamen, ja fast traurigen Blicken zu betrachten.

„Das ist dein Onkel“, wiederholte sie, aber diesmal nur im Flüsterton.

„Ach, Paul, bist du hier!“ ließ sich plötzlich Nikolaus Stimme vernehmen.

Paul Petrowitsch wandte sich rasch um und runzelte die Stirn. Aber das Gesicht des Bruders drückte eine solche Freude, eine solche Dankbarkeit aus, daß er nicht mehr konnte, mit einem Nicken darauf zu antworten.

„Du hast einen prächtigen Burschen“, sprach er und sah nach der Uhr. „Ich kam hierher, um Tee zu bestellen.“

Dann nahm er wieder eine gleichgültige Miene an und ging sofort aus dem Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Nichts erreicht seit dem 9. November 1918?

Unwahre Behauptungen gegen die Sozialdemokratie. — Große Reformarbeit. — Wann kann man mit Erfolg sozialisieren?

Eines der am meisten gebrauchten Argumente gegen unsere Politik ist die Behauptung, daß wir seit dem 9. November nichts erreicht hätten, daß alles beim alten geblieben wäre, daß sogar sehr viel im Gegensatz zu früher schlechter geworden wäre. Besonders sind es die Gegner von links, die hartnäckig immer wieder diese Behauptung aufstellen. Aus diesem Grunde verlohnt es sich schon, einmal zu unteruchen, was bisher geschehen ist, und was unterlieft.

Wir haben in Deutschland seit dem 9. November keine Monarchie mehr, sondern eine Republik. Nicht mehr einzelne, auch nicht mehr eine kleine Klasse, sondern das ganze Volk nimmt teil an der Gesetzgebung.

Wir haben im Gegensatz zu früher das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsbürger, für Männer und Frauen.

In der auf demokratischer Grundlage aufgebauten Verfassung der Republik wird dem Volke das Recht zugesprochen, in direkter Abstimmung Gesetze zu beschließen oder zu verwerfen.

Der Achtstundentag ist gesetzlich festgelegt, die Gefährdung aufgehoben und die Koalitionsfreiheit garantiert.

Der Einfluß der Arbeiter und Angestellten im Produktionsprozeß ist durch die Wahl der Betriebsräte, durch die Teilnahme an den gleichmäßig von Verbrauchern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengefügten Selbstverwaltungskörpern in der Rente, Kohlen- und Eisenindustrie gestärkt.

Es sind ferner die verfassungsmäßigen Vorbedingungen zur Sozialisierung der dazu reifen Produktionszweige und ihre Übernahme auf Reich, Staat oder Gemeinde geschaffen.

Durch die neuen Steuerreformen werden der Reichtum und die arbeitslosen Einkommen bei größtmöglicher Schonung der kleineren Arbeitseinkommen zur Dedung der Kosten herangezogen.

Die Schaffung der Grundschule ist ein erster Schritt auf dem Wege zur Einkittelschule.

In Preußen ist ein Gesetzentwurf in Arbeit, der die Aufhebung der Adelsprivilegien vorseht.

Nichts oder eine bürgerliche Regierung. Bildet sich jemand ein, daß wir weiter kommen, wenn wir wieder auf der Regierung sitzen? Es muß und gelingt, unseren Leuten wieder die Hebelwirkung abzunehmen. Nur durch härteste Arbeit kann Deutschland vor dem Ende bewahrt werden.

Ein neuer Minister. Unser neues Oberländer Parteimitglied „Der Volkswille“ in Singen am Neckar wird ab 1. Mai erscheinen.

1. Dagselt, 26. April. Die beiden sozialdemokratischen Parteien beschließen auch in diesem Jahre wieder die Raiffeiser zu einer würdigen Veranstaltung zu gestalten. Als Parteirechner wird Landtagsabgeordneter Genosse Kriechbauch aus Wehrheim eingeladen und zwar wird die Feierteilnahme an der Demonstration im Lindenberg gehalten werden. Wir richten an die ganze arbeitende Einwohnerschaft den Ruf, am Samstag wiederum zu zeigen, daß Dagselt auch heute noch die alte Hochburg der Sozialdemokratie ist. Laßt deshalb an dem Tage die Arbeit ruhen und erachtet im Massen zu der Raiffeiser. Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß am kommenden Sonntag vormittag 10 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch“ eine Mitgliederversammlung stattfindet mit der sehr wichtigen Tagesordnung: „Berichterstattung vom Parteitag und von der Reichskonferenz. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, auch in dieser Veranstaltung zu erscheinen.“

2. Wolfartsweier, 27. April. Raiffeiser. Die hiesige Arbeiterschaft bezieht am Samstag den 1. Mai das Fest der Raiffeiser. Leider ist es uns nicht vergönnt, eine offizielle Raiffeiser wie im vorigen Jahre an Ort abzuhalten. Der sozialdemokratische Verein wird vielmehr einen Kettenschlag nach Palmbach machen und dort das Fest begehen. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, an der Kettenschlagung teilzunehmen. Sammelpunkt vor der Linde, Kettenschlagung punkt 1 Uhr.

3. Weingarten, 28. April. Soj. Verein. Morgen Donnerstag, abends 7/8 Uhr, findet im Bahnhofs-Hof eine wichtige Parteiverammlung statt. Volkshilfliches Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

Unterwiesheim, 23. April. Letzten Samstag fand im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Auf der Tagesordnung standen 1. Kasernenbericht vom J. Quarial, 2. Berichterstattung von der Bezirkskonferenz, 3. Raiffeiser, 4. Reichskongress. Der Kasernenbericht wurde vom Kassier Genosse Flaum gegeben; wir haben eine Anzahl Neuanschaffungen zu verzeichnen. Über die Bezirkskonferenz berichtete der Vorstand, er forderte auf, daß alle Genossen mitarbeiten mögen in der kommenden großen Wahlkampf. Zur Raiffeiser wurde von sämtlichen Parteigenossen aufgeführt: Um 1 Uhr versammeln sich sämtliche Parteigenossen vor dem Lokal zum „Schwanen“. Unter Vorantritt der hiesigen Musikkapelle findet ein Umzug nach dem Gasthaus zum „Bahnhof“ statt, wo eine große öffentliche Versammlung stattfindet; anschließend Demonstration durch den Ort zum Rathaus, wo nochmals eine Ansprache gehalten werden wird. Nach Rückmarsch zum Gasthaus zum „Bahnhof“ findet gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Der Berichtende Genosse Meißner wies mit anfeuernden Worten darauf hin, daß der Tag eine Massenemonstration geben muß, um zu zeigen, daß die Arbeiterschaft mit aller Kraft an den Erzeugnissen des 9. November 1918 festhält. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf fehlen. Auch soll unserer Gemeindeverwaltung geseigt werden, daß die Arbeiterschaft auch ihr gegenüber mit aller Entschiedenheit ihre Wünsche durchzusetzen gewillt ist. Bei „Berichtenden“ kamen verschiedene Anfragen hauptsächlich wegen des Gemeindefonds zur Erörterung; es ist eine starke Empörung in der Gemeinde wegen der Vorkommnisse auf dem Rathaus. Hoffentlich dauert die Untersuchung durch die Staatsbehörde nicht zu lange.

4. Söllingen, 26. April. Die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Vereins, die nächsten Samstag, 1. Mai, stattfinden sollte, muß umständelhalber verlegt werden und findet bereits heute, Mittwoch, statt. Die Genossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

5. Kronau, 29. April. Die Raiffeiser verspricht, schön und würdig zu werden. Morgens 10 Uhr findet ein Konzert statt, von mittags 1 Uhr ab gemütliches Beisammensein mit Musik unter Mitwirkung beider Gesangsvereine. Sämtliche Mitglieder und Anhänger unserer Sache werden ersucht, sich an der Feier zu beteiligen. Genosse Wilh. Fr. Buchs wird die Ansprache halten.

Durch die Übernahme der Post und Eisenbahn und des gesamten Verkehrswesens auf das Reich ist die Reichseinheit bedeutend gestärkt worden.

Das ist ein kleiner Ausschnitt aus der Reformarbeit, die seit dem 9. November geleistet worden ist. Gewiß ist das noch nicht die Erfüllung alles dessen, was wir gewünscht und erwartet haben. Aber es ist eine Verleumdung, wenn man uns immer wieder vorwirft, wir hätten nichts erreicht. Hat die Sozialdemokratie nicht jahrzehntelang um die Eringung des gleichen Wahlrechts, des Achtstundentages und anderes gekämpft. Haben wir nicht immer und immer wieder das bisher erreichte als das Erreichteste, Werteste hingestellt? Wo ist der Optimist, der heute vor zwei Jahren an die schnelle Verwirklichung dieser Forderungen geglaubt hat? Er dürfte kaum zu finden sein. Und nun soll das alles gar nichts mehr sein. Gewiß hätte mehr erreicht werden können. Aber das ist nicht geschehen, ist nicht unsere Schuld. Wir müssen unserem Urteil immer die Tatsache zugrunde legen, daß wir den Krieg verloren haben. Wenn man beispielsweise sozialisieren will, dann dürfen nicht alle Lager geräumt und das Land von allen Abhängigen entblößt sein. Sozialisieren kann man nur dann, wenn die Wirtschaft so stark ist, daß sie auch dann keinen Schaden erleidet, wenn ein Sozialisierungsversuch fehlschlägt. Um die Voraussetzungen für die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu schaffen, ist es notwendig, daß keine Hand feiert, daß jeder sein Bestes hergibt, um unser Wirtschaftsleben wieder zur Blüte zu bringen. Notwendig aber ist auch, daß jeder unausgesetzt an sich selbst arbeitet, um ausgerüstet mit Sachkenntnis und Verantwortungsgesühl mitbestimmend in den Produktionsprozeß einzugreifen. Und wenn alle diese Voraussetzungen gegeben sind, dann ist eine rein sozialistische Politik auch erst dann möglich, wenn das Volk den Sozialismus will, wenn es sich geschlossen hinter die sozialistischen Parteien stellt. Dieses Ziel: die Eringung einer sozialistischen Mehrheit im Parlament muß uns im Wahlkampf vorstehen. Erst wenn wir das erreicht haben, kann an die Überführung aller dazu geeigneten Betriebe in die öffentliche Verwaltung der Reichs-, Landes- oder Gemeindeverwaltung gehen. Erst dann können wir den wirtschaftlich Schwachen vollen Schutz angedeihen lassen, den Kampf gegen die Wirtschaftsanarchie erfolgreich führen und erst dann ist ein zielbewusstes Fortschreiten auf dem Wege zum Sozialismus ohne Einschränkung möglich.

Aus der Partei.

Der Besuch gegnerischer Versammlungen während der Wahlbewegung.

Die sächsischen Unabhängigen haben auf ihrer Landesversammlung den Beschluß gefaßt, gegnerische Wahlversammlungen nicht zu besuchen, vor allem keine Redner in gegnerische Versammlungen zu entsenden. Wir erwarten, daß auch bei uns in Baden unsere Genossen genau so verfahren, wie es die sächsischen Unabhängigen beschlossen haben. Und zwar aus folgenden Gründen, die sich wahrscheinlich mit denen der sächsischen Unabhängigen decken werden:

Die für den Wahlkampf zur Verfügung stehende Zeit ist sehr kurz. Wir brauchen jeden Mann und jede Stunde zur Erfüllung der eigenen großen und schweren organisatorischen und agitatorischen Aufgaben. Es wäre schädliche Zeit- und Kraftvergeudung, wenn unsere Parteimitglieder den Gegnern in ihren Versammlungen nachlaufen. Jeder der Partei stehen erkeulicherweise Versammlungslokale zur Verfügung, jede Partei mag zu sehen, welche Anziehungs- und Werbekraft sie zu entwickeln vermag.

In Zeitläufen, wo die Erbitterung und die Leidenschaft einen so hohen Grad wie heute erreicht haben, kommt bei den Parteigenossen in Wahlversammlungen selten etwas Gutes und Nützliches heraus. Schon die beschränkte Dauer der Versammlungen hindert es, daß eine eingehende sachliche Auseinandersetzung möglich ist. Eerliche und politisch denkende und lästige Menschen berathen aber die mit Worten geführten Bogenkämpfe, zu denen sich in der Hitze der Leidenschaft nur zu oft Wahlbehalten gestalten.

Die Parteimitglieder sind, wenn sie ihre Aufgaben und Pflichten richtig erfüllt haben, verpflichtet, ihre ganze Kraft der eigenen Partei zur Verfügung zu stellen. Die Wähler, die bisher politisch sich noch nicht fest und klar orientiert haben, mögen die Versammlungen verschiedener Parteien besuchen, das Parteimitglied ist zur Arbeit für die Partei verpflichtet.

Als gegnerische Versammlungen haben die sächsischen Unabhängigen auch die sozialdemokratischen Versammlungen erklärt. Auch für uns müssen die unabhängigen und kommunistischen Versammlungen gegnerische Veranstaltungen sein. Wir werden also die Versammlungen der anderen Parteien nicht durch Redner besuchen. Sollten in unseren Versammlungen gegnerische Redner auftreten wollen, so erhalten sie selbstverständlich innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit angemessene Redefreiheit. Mehr Wirkung auch wir in gegnerischen Versammlungen nicht verlangen. Also: Arbeit und Pflichterfüllung für die eigene Sache. Davon hängt der Wahlausfall zum guten Teil ab.

Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie.

Dresden, 25. April. Hier tagte die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens. Sie erweist angedichts des Rücktritts der sächsischen Regierung besonderes Interesse. Die zurückgetretenen Minister waren auch zugegen und griffen zum Teil in die Verhandlungen ein, die teilweise sehr lebhaft wurden. Nach einem Bericht des Genossen Sauerlich-Mieske über die Lage in Sachsen begründeten die Genossen Sauerlich-Mieske und Dr. Schwarz-Chemnitz) Anträge, die auf eine besondere Demokratie mit Vorherrschaft der Arbeiterschaft, ferner auf Durchführung einer Demokratisierung der Verwaltung und durchgreifende alsbaldige Sozialisierung gerichtet waren. Dabei wurde der Regierung von dem erst vor kurzem der Partei beigetretenen Dr. Schwarz Mangel an Zeitkraft und verschiedene Unterstellungen borgenommen, auch gegen die Reichsregierung Vorwürfe erhoben, sowie ein Zusammengehen mit den Unabhängigen gefordert.

Gegen die Vorwürfe wandte sich mit Schärfe und unter dem lebhaftesten Beifall eines großen Teils der Landesversammlung der frühere Reichswehrminister Genosse Kaste. Er führte u. a. aus:

Eine sozialistische Mehrheit haben wir im Reich nicht. Wenn es gelänge, mit den Unabhängigen zusammenzuarbeiten, dann hätten wir die Einheitsfront, aber dieser Gedanke ist Ideologie. Ich habe früher gesagt, wir würden in fünf Jahren selbst geordnete Zustände haben. Jetzt weiß ich davon. Als mich Herr ins Ministerium berief, habe ich ihm gesagt, daß ich lieber warten wollte, bis die dritte und vierte Ministerkonferenz durch sei. Ich habe nie gesagt, daß ein Sturz von rechts unmöglich sei. Ich habe aber gesagt, daß er ausichtslos wäre. Wenn unsere Leute nicht völlig außer Rand und Band gewesen wären, so wären die Wirkungen des Kapp-Putsch nicht so groß gewesen. Ich finde, daß viele unserer Leute das politische Abwägen vollständig vermissen lassen. In ein paar Monaten werden wir neue Anstrengungen haben, um das wird eine neue Wahlkampf der Waffen mit sich bringen. Das deutsche Volk kann Experimente nicht vertragen. Wir müssen den Mut haben, unseren Leuten zu sagen: Wir müssen noch warten, bis es allmählich aufwärts geht. In wachsendem Maß taucht bei uns der Schwermut auf. Wenn ich nicht durch Umarm von Arbeit belastet gewesen wäre, dann wäre es auch Chemnitz nicht gelungen, mir das Vertrauen zu untergraben. Aber was haben wir meine Genossen alles zugestraft? Während des Abmarsches von Meer und Marine sollte ich ein neues Meer schaffen. Gleichseitig war ich damit befaßt, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Ich habe mich nicht nach meinem Amte gedrängt, aber ich habe das gute Recht, den Spieß umzudrehen gegen diejenigen, die jetzt am lautesten schreien. Als ich die Reichswehr schaffen wollte, haben die eigenen Parteisektionen in ihrer Verblendung die Aufnahme der Wehrerente für die Reichswehr abgelehnt, und jetzt machen mich dieselben Leute zum Brüllschreier über ihre eigene Dummheit. Da schreibt man, ich hätte unter den Offizieren besser aufkommen müssen. Ich konstatiere, daß bis zum 1. März 15 000 Mann erlobigt waren. Die Offiziere aber, die am Kapp-Putsch beteiligt waren, waren außer Lärm nicht die aktiven Offiziere, sondern die, die ich an die Luft geschickte hatte. Ich sage heute, daß ich viele gegen mein Gefühl hinausgeworfen habe, aber gekommen ist der Putsch, weil wir ein Meer erschaffen mußten, weil wir Tausende von Offizieren und Unteroffizieren einer ungewissen Zukunft preisgeben mußten. Es gibt zurzeit keine andere Möglichkeit, als mit der Koalition zu regieren, weil wir keine sozialistische Mehrheit haben. Ich bedauere das lebhaft. Das ist die ganze Tragik der Sozialdemokratie, daß sie in dem Augenblick, wo sie die Herrschaft hat, diese infolge Bruderszwistes nicht ausüben kann. Und dabei dieses ewige Hin- und Herpendeln innerhalb der eigenen Partei. Jetzt die Koalition vernetzen, hieße die Diktatur des Proleta-

Gewerkschaftliches.

Eine amtliche Aktion gegen das Streikrecht.

Uns wird folgende Verordnung zur Verfügung gestellt: Mitteilungen u. Verfügungen der Abteilungsintendantur des früheren 14. A.S. (S. 382).

Der Reichsminister der Finanzen (Berlin, 17. 3. 20. (Brieftelegramm.))

Streik der Beamten u. Angestellten. Dem Herrn Reichsabteilungsminister. Das Reichsabteilungsamt mit sämtlichen nachgeordneten Stellen sind völlig unpolitische Behörden, die ihre Aufgaben in der Vertretung der bisherigen Bestimmungen unbeteiligt zu erfüllen haben. Ich mache noch ganz besonders darauf aufmerksam, daß ein Streik der Beamten und Angestellten nachteilige Folgen für die Finanzen des Reiches nach sich ziehen würde.

Einigen Streikversuchen der Beamten und Angestellten des dortigen Dienstbereiches bitte ich mit dem stärksten Nachdruck entgegenzutreten. Streikende Beamte haben Einbehaltung der Gehaltsanteile und disziplinarrechtliche Abhandlung zu erwarten, streikende Angestellte sind für vertragsbrüchig zu erklären und sofort zu entlassen.

Somit ist bisher noch nicht geschehen sein sollte, bitte ich Vorstehendes den nachgeordneten Dienststellen und Beamten, Offizieren, Unteroffizieren und Angestellten beschleunigt zur Kenntnis bringen zu wollen. Abdruck einer im Reichsfinanzministerium bekanntgegebenen Anordnung füge ich zur gefälligen Kenntnis bei. (S. 382; Dr. Schroeder.

Heeresabteilungsamt Preußen (Berlin, 17. 3. 20. 750/30 A 1 (ABR.)

Abdruck des Chef (S. 382) von den Bergh

Abt. Int. vom 27. 3. 20. (S. 382) (S. 382) (S. 382)

Zum Kampf im Versicherungsgewerbe.

Die Arbeiterschaft, der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen hat es verstanden mit Hilfe von gelben Verbänden einen Tarif durchzusetzen, der trotz sogenannter freiwilliger Zuwendungen nicht einmal das heute notwendige Existenzminimum für die Versicherungsbeamten bietet. Die Hauptstützen dieser gelben Verbände sind die in allen Betrieben vorhandenen sogenannten Seelenverkäufer, welche durch Schmeicheln und Stiefelschlecken egoistische Ziele durchsetzen. Der Arbeitgeberverband der deutschen Versicherungsunternehmen in Berlin, dem Zentralverband der Arbeitgeberverbände angehörend, ist tatsächlich ein Hort der Reaktion. Die Angestellten sollen nurbe gemacht werden, damit sie politisches Denken verlieren und wie früher eine willenlose Masse werden.

Die Versicherungsgesellschaften behaupten, sie seien nicht in der Lage, die erforderlichen Gehälter zu bezahlen, dabei erhöhen sie jetzt einen Unkostenzuschlag, von dem die Angestellten oft genug hören müssen, er sei wegen der „maßlosen Forderungen der Angestellten“ notwendig und solle zur Dedung der höheren Ausgaben dienen.

Wenn die zum Schaden der Allgemeinheit an ihren Posten lebenden wenigen Direktoren immer behaupten könnten, die Forderungsbefreiung könne nicht verstaatlicht werden, weshalb dann diese Angst vor der Verstaatlichung? Die jetzt von den Gesellschaften zur Erhebung gelangenden Unkostenzuschläge kommen den Angestellten keineswegs zugute. Arbeiter, Genossen bezaht den Unkostenzuschlag nicht, solange die Angestellten der Versicherungsbetriebe ein menschenwürdiges Dasein garantiert ist! Die Gesellschaften haben Geld, auch sie haben Kriegsgewinne gemacht.

Ein Siebzehnjähriger. Ein Mann, der fast ein Menschenalter in der Welt eine führende Rolle gespielt hat, Oscar Mayer, kann am heutigen 28. April, sein 70. Lebensjahr vollenden. Oscar Mayer hat sein ganzes Leben in den Diensten der Demokratie gewidmet. Nur wenige badiische Parlamentarier sind zu finden, die solange wie er ein Abgeordnetenmandat ausfüllten. Seit 1880 gehörte er dem badischen Landtag an bis zu seinem vor einigen Monaten erfolgten freiwilligen Austritt. Auch der politische Gegner darf dem ergrauten demokratischen Parteiführer keine Ächtung zollen, denn er ist ein Mann von Ueberzeugungstreue und durchaus lauterer Gesinnung. Wir Sozialdemokraten hängen in Oscar Mayer vor allem den Vorkämpfer und Mitstreiter in der Friedensbewegung, für die er vor dem Kriege schon in Wort und Schrift tätig war und die ihn auf unsere Seite führte. Auch wir senden deshalb dem Siebzehnjährigen unsere besten Glückwünsche.

Ueberfüllung im höheren Lehrfach. Schon vor dem Kriege war der Zugang zum höheren Lehrfach derart, daß in dem Zeitraum von 1901—1914 die Zahl der Anwärter um mehr als das Doppelte den Bedarf überstieg. Trotz der vielen Opfer, die der Krieg unter den akademisch gebildeten Lehrern gefordert hat, haben sich seitdem die Verhältnisse nicht wesentlich gebessert. Aus den letzten Staatsprüfungen im Jahre 1919 und Frühjahr 1920 sind wieder über 100 Lehramtskandidaten hervorgegangen und für die bevorstehende Herbstprüfung liegen 66 Anmeldungen vor. Dazu kommt, daß eine größere Anzahl elsässischer Lehrer in den badischen höheren Schuldiensten übernommen werden müssen. Das badische Unterrichtsministerium warnt deshalb für die nächsten Jahre vor dem Zugang zum höheren Lehrberuf.

Verbot der Feuerversicherungen. Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, wonach die Feuerversicherung von Holz- und Leinwand, wie aller Art, sowie von Kleingeldern, gemischt auf dem Platz, sowie nach dem Schnitt verboten ist.

Gemeindepolitik.

Zugungsbeiträge der badischen Gemeindeparzellen. Die Tilgungsarbeiten der badischen Gemeindeparzellen sollen der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes dienen. Nach einer von der „Karlsruher Zeitung“ mitgeteilten Aufstellung betragen die von badischen Sparkassen an Privatpersonen gewährten Tilgungsanleihen am Ende des Jahres 1899 8,6 Millionen Mark; sie stiegen bis zum Jahre 1915 fortgesetzt und zwar bis auf 74,9 Millionen Mark. Vom Jahre 1915 setzte eine rückläufige Bewegung ein; die Tilgungsarbeiten der Sparkassen ermäßigten sich Ende 1916 auf 78,9 Millionen Mark, Ende 1917 auf 70 Millionen Mark, Ende 1918 auf 62,6 Millionen Mark. Der Zugang an neuen Tilgungsanleihen hatte im Jahre 1912 mit 10,9 Millionen Mark den Höchststand erreicht, er hat in den folgenden Jahren ganz erheblich abgenommen und betrug im Jahre 1915 noch 4,2 Millionen Mark, 1916 noch 2 Millionen Mark und 1917 nur 1,1 Millionen Mark. Im Jahre 1918 ist eine kleine Zunahme vorhanden. Der Zugang an neuen Tilgungsanleihen betrug nämlich 1,9 Millionen Mark. Die aufrechenmäßigen Tilgungen sind vom Jahre 1915 von 1,8 Millionen Mark auf 7,7 Millionen Mark im Jahre 1918 gewachsen. Der Grund dieser Entwicklung der Dinge läßt sich aus der Entschuldungspolitik der Landwirtschaft erklären, die zu einer vermehrten Entschuldung der Landwirtschaft geführt hat.

Soziale Rundschau.

Ueber Tuberkulose und soziale Umwelt. In der Sitzung nachmittags im großen Rathssaal in Karlsruhe Herr Dr. Alfons Fischer. Es waren zu dem Vortrag, der von der Stadtverwaltung beantragt wurde, die Mitglieder des Bürgerausschusses, des Ortsgesundheitsrates, des Fürsorgeausschusses, die Beamten und Helferinnen des Fürsorgeamtes dabei, die aber leider von der Einladung einen sehr schlechten Gebrauch machten. Der Saal war beäugend schlecht besucht, von den Mitgliedern des Bürgerausschusses waren etwa 10 Herren erschienen. Der Redner beleuchtete in

seinem äußerst injuktiven und feindseligen Vortrage an Hand zahlreicher Tabellen die Frage der Tuberkulose von sozialen Standpunkte aus und er stellte in den Mittelpunkt seiner Darlegungen nach Bekämpfung der Volkskrankheit die Niedrighaltung der Lebensmittelpreise. Er verwies hierbei namentlich auf England, wo die Industrie viel ausgedehnter ist und die Leistungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung hinter den deutschen Einrichtungen weit zurückstehen, und dennoch die Tuberkuloseerkranklichkeit hinter der Deutschlands weit zurücksteht, weil England eine gesundheitsfördernde Maßnahme beschloß, die Deutschland fehlt: Die durch die Befestigung der Kornzölle bewirkte Niedrighaltung der Lebensmittelpreise. In Deutschland sind die Preise für Butter, Fleisch usw. während der letzten Friedensjahre beträchtlich gestiegen; dagegen ist eine solche Verteuerung der Lebensmittel in England nicht eingetreten. Der Erfolg, den die Befestigung der Kornzölle in England zeitigte, war eine enorme Zunahme des Verbrauches aller wichtigen Nahrungsmittel. Ueber 50 Prozent aller Einnahmen mußten vor dem Kriege in Deutschland für die Ernährung verausgabt werden. Daraus folgt, daß ein zu geringer Prozentsatz des zur Verfügung stehenden für die Wohnung und andere lebenswichtige und gesundheitsfördernde Zwecke verwendet werden konnte. Dazu kommt, daß die Gesamtausgaben nur dadurch gedeckt werden konnten, daß nahezu 10 Prozent wurden durch den Verdienst der Ehefrauen bestritten wurden. Man sieht mithin, wie sehr nicht nur die Ernährung, sondern auch das Wohnungswesen, die Ausdehnung der Frauennarbeit u. a. m. von den Nahrungsmittelpreisen abhängen. Die weibliche Erwerbsarbeit ist in England lange nicht so verbreitet, wie in Deutschland; in Baden sind noch viel mehr weibliche Personen erwerbstätig als in Deutschland das Deutsche Reiches.

In Baden war die Tuberkuloseerkranklichkeit schon immer sehr hoch, sie war im letzten Friedensjahre in Baden sogar am höchsten unter allen Bundesstaaten, eine Folge der schlechteren Verhältnisse der Frauennarbeit. Das weibliche Geschlecht zeigt im Allgemeinen, niedrigere Tuberkuloseerkranklichkeitsziffern, als das männliche; in Baden dagegen haben auch schon vor dem Kriege mehr weibliche Personen als männliche, und auch hinsichtlich der Anfälligkeit für Tuberkulose als Ursache stehen in Baden die Frauen ungünstiger da als die Männer. Zahlreiche Feststellungen lassen erkennen, daß die Tuberkuloseerkranklichkeit von der Wohlhabenheit abhängt. Als Maßstab für den Grad der Wohlhabenheit wurden die Einkommensstufen, die Lebensversicherungssumme, die Selbständigkeit im Beruf u. a. m. benutzt; immer zeigte sich, daß die Wohlhabenden niedrigere Tuberkuloseerkranklichkeitsziffern darboten als die Unbemittelten. Sehr leicht war der Zusammenhang zwischen der Qualität der Wohnung und der Gesundheitsmoralität nachzuweisen; so kam man zu dem Schlußwort: Die Tuberkulose ist in erster Linie eine Wohnungsfrage. Aber die Behauptung trifft nur sehr bedingt zu. Der Einfluß der Wohnungseigenschaften auf die Tuberkuloseerkrankung ist jedenfalls bei Weitem nicht so groß, wie der der Unterernährung und der ungenügenden Frauennarbeit. Von hoher Bedeutung ist auch die Art der Berufstätigkeit. Seit Ausbruch dieses Krieges ergibt sich, daß der Zeitpunkt der Tuberkulose ein wohlwollender, großzügiger Plan erforderlich ist. Ein Reichstubschutzgesetz steht in Aussicht. Wenn dies aber, wie vorgeschlagen wurde, nur die Angehörigen des Berufs der Hausfrauen und der Fürsorgestellten bringen würde, so könnte man sich hiermit allein keineswegs begnügen. In erster Linie ist auf die Niedrighaltung der Lebensmittelpreise hinzuwirken, ferner sind Maßnahmen zur Einschränkung der Frauennarbeit, zur Unterbindung der Kinder aller Altersklassen und der Behandlung der erkrankten Kinder (Familienversicherung), für den Ausbau der gesundheitlichen Einrichtungen in allen Gewerbetrieben und im Industriebereich, für die Verbesserung des Wohnungswesens und für die hygienische Beleuchtung aller Volksteile dringend notwendig. Mit diesen Einrichtungen zu schaffen und zu fördern ist Pflicht des Reiches, des Staates und der Gemeinden, da sonst eine noch tiefer greifende Tuberkuloseverbreitung des deutschen und besonders des badischen Volkes zu befürchten wäre.

An dem befallig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache an, in der zunächst ein Gegner der ungenügenden Arbeitszeit von dem Redner eine Beurteilung dieser An-

beiträge gerne gehört hätte, Herr Dr. Fischer bereitete dem Herrn jedoch eine Enttäuschung. — Stadt. Gen. O. H. n. verlangte in der Sache mehr Aufklärung über die Alkoholfrage und die Schädlichkeit des Rauchens; weiter legte er dar, daß die Wohnungsverhältnisse auch vor dem Kriege nicht mehr gute waren. Eine große Rolle im Kampf gegen die Tuberkulose spiele aber die 8-stündige Arbeitszeit, die allerdings von den Unternehmern aus Angst um den Profit noch bekämpft werde. — Bürgerm. O. r. i. m. n. fragt den Redner, wie er sich die Lösung des Problems der Verbilligung der Lebensmittel vorstelle. In seinem Schlußwort gab Herr Dr. Fischer hierauf die richtige Antwort: daß die Beantwortung und Lösung dieser Frage nicht Sache des Sozialhygienikers ist, sondern der Stadtverwaltung. Im übrigen betonte Herr Dr. Fischer die unbedingte Notwendigkeit der Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

Die Jugend der Arbeiterklasse.

Die Ereignisse der letzten Wochen waren für die Arbeiterklasse wieder eine ernste Lehre. Sie zeigten ihr eindringlich, welchen Gefahren die unter so harten Kämpfen und so großen Leiden errungene politische und wirtschaftliche Freiheit nach ausgeschloß ist, welche erbitterte und gefährliche Feinde ihr noch im Bürgertum, in der Beamtenklasse und schließlich auch noch im alten Militär bestehen. Diese Ereignisse zeigen der Arbeiterklasse aber auch, daß nur feste Kampfbereitschaft, feste Kampfart, Einigkeit und Solidarität es möglich machen, der Gefahren Herr zu werden und sie abzuwenden. Diese Kampfbereitschaft und Solidarität und Entschlossenheit im Kampfe um die Sache der Freiheit und des Sozialismus sind nur in den Herzen jener Volks- und Arbeitsgenossen fest verankert, die von Jugend auf im Geiste des Sozialismus erzogen und gebildet worden sind. Erst wenn die ganze Jugend im Geiste der Republik erzogen ist, wenn das neue heranwachsende Geschlecht in den Ideen des Sozialismus leben wird, erst dann werden die Gefahren der Reaktion für immer gebannt sein.

Daß es aber mit der heutigen Erziehung der Jugend im Geiste der Republik und des Sozialismus noch mehr wie „blech besetzt“ ist, ist zu bekannt, als daß es noch einer besonderen Erörterung bedürfte. Die Erziehungsmethoden, die Erziehungsmittel, die Lehrbücher und Lehrbücher und auch die Lehrenden, die Lehrer, sind immer noch die Alten; in den Lehrbüchern finden wir immer noch die alten nationalstaatlichen Heldenepiken, Krieger- und Schlachtenbeschreibungen, mit denen das Gehirn des Kindes vollgepropft wird. Die Lehrer leben zum größten Teil noch in den Ideen der alten Zeit und ihr Unterricht ist auch dementsprechend. Und hinzu kommt noch die Gleichgültigkeit der Eltern, die sich nicht darum kümmern, wie ihre Kinder erzogen werden, was ihnen gelehrt wird, die richtig dulden, daß in die Seelen ihrer Kinder die Feindschaft gegen das, an dem die Eltern mit Begeisterung hängen, gepflanzt wird. Hier erwähnt der Arbeiter die frühe und heilsame Pflicht der Erziehung ihrer Kinder größerer Aufmerksamkeit zuwenden, selbst mit Hand anlegen, mitzuhelfen, daß in ihrer Nachkommenschaft ihr feiner Gemüthlicher eigener Glaube, seine lauten und seinen Mitmenschen erweisen, sondern freie, offene, kämpferische, begeisterte Sozialisten, dem sie das Erbe mit gutem Gewissen und ohne Sorge anvertrauen und überlassen können.

Die Arbeiterklasse hat schon eine Einrichtung, in der die Arbeiterkinder in diesen Gedanken erzogen werden, in der das nachgeholt wird, was die Schule unterlassen und versäumt hat, in der die Erziehung im Sinne und Geiste des Sozialismus vorgenommen wird. Es ist dies die Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend ist die Waffe, die sich die Klassenbewußte sozialistische Arbeiterklasse selbst geschaffen, um die Jugend in ihrem Sinne zu bilden und zu erziehen. Leider aber hat ein nur allzu großer Teil der Arbeiterjugend, obgleich die Arbeiterjugend vor wie nach der Revolution einen gewaltigen Aufschwung genommen und ihr Mitgliederstand ein ansehnlicher ist, noch nicht begriffen und erkannt, welche Bedeutung und Wichtigkeit der Arbeiterjugend im Kampfe des Proletariats zukommt. Gleichgültig, ja dumpf-sinnig stehen nur allzu viele Arbeiterkinder der Frage gegenüber, wo und wie sich ihre Kinder nach ihrer Schulzeit weiterzubilden und in welcher Gesellschaft sie ihre freien Stunden verbringen. Es ist ein schweres Verhängnis, das sich da die Arbeiterkinder aufzubringen kommen lassen und wir hoffen, daß die Ereignisse der letzten Wochen die Arbeiterjugend auch nach dieser Richtung hin aufgerüttelt haben.

Die Schulleitungen haben Klagen über den Arbeiterjugend, das Arbeitermädchen kommen nun in die Lehre, dem Jüngling der Schule folgt der Jüngling der Arbeit. An die Eltern tritt die Frage heran: Wenn willst du deinen Sohn, deine Tochter die nächsten Jahre erben? In 5-6 Jahren dürfen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zum ersten Male an die Maschinen treten. Wie soll der Arbeiterkinder, das die wählen? Doch lieber nur in Eurem Sinne. Sie können und werden es aber nicht tun, wenn Sie nicht sorgt, daß sie in Eurem Geiste erzogen und weitergebildet werden; wenn es Euch gleichgültig ist, ob Eure Jugend in „schlechter Gesellschaft“ mit leichter Unterhaltung aufwächst, oder mit gleichgesinnten Kameraden und Freunden in erster Arbeit sich weiterbildet, in gemeinsamen Spiel und gemeinsamen Wanderungen sich geistig und körperlich erholt. Nur die Arbeiterjugend bietet den Arbeiterkinder den Geistesgehalt, daß die Söhne und Töchter der Arbeiter im Sinne und Geiste der Eltern erzogen werden. Die Arbeiterjugend ist keine Trill- und keine Erziehungsanstalt im alten Sinne. Die Jugendlichen sind in ihrem Verein gleichberechtigt; ältere Genossen stehen ihnen nur als Berater zur Seite. Die Leitung liegt in Händen von Jugendlichen. Die Mitglieder sind im Verein gleichberechtigt, sie raten und beschließen mit, aneben wie Mädchen, es ist ihre eigene Organisation, die sie nach ihrem Willen gestalten und ausbauen, es ist die Schule für ihre künftige Partei- und Gewerkschaftstätigkeit. Daneben gehört auch der Schuss der Mitglieder in ihren Arbeitsverhältnissen als Lehrkräfte und Lehrenden, gegen die Willkür der Meister, gegen Ausbeutung und Uebergriffe mit zu den Aufgaben der Arbeiterjugend.

Ein neues Arbeitsjahr hat begonnen! Viele neue Mitarbeiter sind der Arbeiterjugend nach der Schulleistungsbegeisterung, aber im Vergleich zur Zahl der arbeitenden Bevölkerung noch viel zu wenige. An alle die Tüchtigen und Gleichgültigen ergoht daher die Mahnung: Denkt an die Zukunft! an Euren und an die Eurer Kinder, die das Erbe der Väter nicht nur verwahren, sondern auch ausbauen sollen. Schickt Eure Söhne und Töchter in ihre Arbeiterorganisation in die

Arbeiterjugend!

Aus dem Lande.

Wiesloch, 28. April. Bei einem Schindelfeuer, welches das Anwesen des Schreinermeisters Speich einschloß, ist auch ein Gefährlich in den Flammen umgekommen. Da das Feuer ein Mitternacht ausbrach und sich rasch verbreitete, wurde der Lehrling von dem Brand überrascht und konnte nicht mehr gerettet werden.

Geiselsberg, 27. April. Die Wiener Kinder sind heute früh um 4 1/2 Uhr wieder in ihre Heimat abgereist. Verschiedene Geiselsberger Damen und Herren geben dem Zug bis nach München das Geleit. Die Kinder haben fast durchweg an Höhe bergemüthlich zugenommen. Ungefähr 50 Kinder werden erst in etwa 8 Wochen mit dem Konstanzer Zug nach Wien abreißen.

Lahr, 27. April. Nach der Lahrer Zeitung hat eine Frau in der hiesigen Stadtverwaltung Drillinge zur Welt gebracht. Die selbe Frau hatte vor zwei Jahren auch Zwillinge geboren.

Seite 4.
Patentamt
Auftrag
Summe
Die Not-
aufbau
derer die
lassen der
at über die
antrag des
nen, in der
und alles
anberaumt
isch-Demo-
die Ge-
vorstand zu
Vortrag
Direktor
auf den Be-
daraus
anberaumt
immerzu
durch Kon-
ationärer
Vorwärts
Redner Herr
in Gie-
n-ann-
und
patriotische
nationalen
ereichern.
Es wäre
Landwirte,
nung im
mehr im
kimmern
bad eine
nationalen
gründlich
erung der
ifikationen
die unter
eine noch
unde gut
rums-
den wird
te.“ In
Mitteln
gesundheit
berichtigt
angegeben
plan der
präsidien-
Reichs-
er- und
den, zwar
auf.
ie real-
ge, wie-
nach die-
aufzuwen-
den ein-
den Um-
in der
rität er-
Geherkel
s unter-
gen, die
fen und
er Bahn
e Weis
hier ab-
was die
es auch
weniger
er- und
is eine
ie ge-
wissen.
ie, wir
berdingt
mühte
e Ver-
mündlich
n. Die
n. Die
„Auto-
Schöfer
borders-
zeugung
arbeitet
Auf-
höheren
e Ken-
e mir.
Sitzgen-
ldemo-
Schlage
nach ist
u d
Schuld
die Zelm-
weg-
wurde
rdings.
al des
immer
mit-
tenen
nehmen
Ver-
higen
nun
e von
don
oben
des
wird

Latente Erinnerung.
(Von Dr. Richard Baerwald.)
Viele sehr geheimnisvoll aussehende Leistungen der Seele lassen sich auf die „latente Erinnerung“, das verborgene in uns schlummernde Wissen zurückführen. Wir kennen bereits die zeitweilige Erinnerung des Unterbewußtseins; diese „Hypermnese“ zeigt uns, daß unser unbewußtes Wissen viel weiter reicht als das Bewußte. In sich wäre es leicht erklärlich, daß diese verborgenen Schätze zuweilen zutage treten. Aber es wundert verwirrend, daß das latente Gedächtnis häufig in maskierter Form geltend macht, sich nur in seinen Wirkungen zeigt oder in Form von Träumen, Ahnungen, Geistesstörungen auftritt, so daß es den Anschein übernatürlicher Kraft oder übernatürlicher Einflüsse gewinnt.

Der Arzt Beauvis hatte einen Patienten, der an Schlaflosigkeit litt, hypnotisiert und ihm die Suggestion gegeben: „Wenn Sie nicht schlafen können, so trinken Sie Zuckerwasser, in das Sie vorher diese Münze, die ich Ihnen gebe, gemorfen haben! Sie werden dann sofort einschlafen.“ Als späterhin der Kranke das Mittel benutzen wollte, hatte er die Anweisung vergessen. Er versuchte es mit reinem Wasser, Wasser mit Rohrzucker usw., doch ohne Wirkung. Sobald er es aber mit Zuckerwasser probierte, schlief er auf der Stelle ein. Dieser Fall ist nicht eigentlich akustisch, zeigt aber bereits die Reingung latenter Erinnerung, sich hinter ihren Wirkungen zu betheiligen.

Ein dänischer Rechtsanwalt berichtet: „In einem Termin hatte ich einen großen Kassenumsatz. Beim Nachzählen der Kasse hatte ich eines Tages 1000 Kronen zu viel. Ich und mein Kontopersonal suchten mehrere Tage lang mit der größten Sorgfalt den Fehler zu finden, aber trotz allen Kopfschüttelns gelang es uns nicht. Beinahe Tage aber später entdeckte ich den Fehler — im Traum. Es stand nämlich deutlich vor mir im Traum, wie ich einem Mann ein Kapital von 14 000 Kronen ausbezahle, indem ich ihm erst 12 000 Kronen in verschiedenen Münzsorten gab, und dann zwei hundertkronenzeitel mit den Worten: „Hier ist nun das 13. und 14. Tausend, die der Mann ohne ein Wort der Erwidderung annahm. ... Bei näherer Untersuchung zeigte sich, daß ich vollständig richtig geträumt hatte.“

Hier also erscheint die latente Erinnerung als Traum. Nun wissen wir, daß der Traum die Wahneindrücke und Kenntnisse, die ihn veranlassen, oft in phantastischer Weise ausformt, und ähnlich wird sich das hemmungs- und zusammenhangslos arbeitende Unterbewußtsein auch bei anderen Gelegenheiten verhalten, sobald es die Zügel ergreift. So ist es nicht wunderbar, daß latent Gewusstes sich oft als Geistesbotschaft

*) Mit Erlaubnis des Verlanges G. C. Feubner, Leipzig, dem Wänden „Aus Natur und Geisteswelt“ 560 von Dr. Richard Baerwald „Okultismus, Spiritismus und unbewußte Seelenzustände“ entnommen, das eine knappe und fesselnde Darstellung der Hauptprobleme des Mystizismus gibt.

— Ettlingen, 28. April. Schon im Oktober vorigen Jahres trat der Gemeinderat der Stadt Weinheim an Herrn Bürgermeister Hugel heran mit der Bitte, den dort verwaisten Bürgermeisterposten zu übernehmen. Herr Bürgermeister Hugel entschied sich aber damals, auf seinem Posten in hiesiger Stadt zu verbleiben, was allgemein begrüßt wurde. In Weinheim wurde dann unter Vorzeigung des St. G. Heibelberg zum Bürgermeister gewählt. Dieser trat aber dies Amt nicht an. Erneut trug der Gemeinderat von Weinheim Herrn Hugel den dortigen Bürgermeisterposten an. Gründe hauptsächlich familiärer Natur bestimmten denselben nun das Anerbieten anzunehmen. Wir sehen Herrn Bürgermeister Hugel ungern von hier scheiden; war derselbe doch eine außergewöhnlich tüchtige Kraft.

— L. Knielagen, 27. April. Bei dem heute vorgenommenen zweiten Wahlgang für die Bürgermeisterwahl kam auch wieder kein endgültiges Resultat zustande. Es erhielten die drei Kandidaten Stimmen in ähnlicher Höhe, wie im ersten Wahlgang, nämlich Gemeinderat W. Kiefer 24, Bürgermeister H. A. W. (Bauernbund) 18 und Ratsschreiber C. M. (Dem.) 16 Stimmen. Es muß jetzt noch ein dritter Wahlgang vorgenommen werden. Verläuft dieser auch resultatlos, dann wird bekanntlich die Staatsregierung in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinde eingreifen und einen Bürgermeister von Staats wegen einsetzen. Die Parteien haben nun Gelegenheit gehabt, zweimal zu zeigen, über wie viele Stimmen jede einzelne von ihnen verfügt, so daß man sich wohl für den dritten und letzten Wahlgang auf einen zum Bürgermeister geeigneten Mann einigen könnte. Das läge zweifellos im Interesse der Gemeinde.

— Freiburg, 28. April. Die mit einem erheblichen Kostenaufwand eingerichtete Studentenküche soll Anfangs Mai eröffnet werden. Dieselbe befindet sich im Kellergehoß der neuen Universität, das während des Krieges dem roten Kreuz zur Verfügung gestellt war, zuvor dienten die Räume als Erziehungsort für die Studierenden. Für die Arbeiten der Küche sind bewilligte der Badische Landtag seinerzeit 210 000 M. Die Leitung der Küche erfolgt durch einen Arbeitsausschuß, in welchem Professoren und Studenten neben erfahrenen Sachverständigen tätig sind. In der Zeit zwischen 12 bis 2 Uhr können 1000 Personen gespeist werden, der Preis soll sich für die einzelnen Mahlzeiten in der Mitte zwischen dem in der Volksküche und dem in den Gasthäusern und Pensionen halten. Die Inbetriebnahme dieser mensa academica bedeutet eine Wiederaufhebung der früheren Studentenburgen, hier in Freiburg stellt sie auch eine fühlbare Entlastung der Volkstaschen dar.

Aus der Stadt.

— Karlsruhe, 28. April.

Die Wählerlisten für die Reichstagswahl

werden jetzt aufgestellt. Als Grundlage sollen die bei den hiesigen Gemeinderatswahlen vom 18. Mai 1919 benutzten Wählerlisten dienen. Um sie ergänzen zu können, wird, wie das Bürgermeistertum am 24. April bekannt gibt, die Schumannschaft in den nächsten Tagen in allen Haushaltungen Erhebungen vornehmen. Jeder Haushaltungsvorstand muß dafür sorgen, daß über alle zu seinem Haushalt zählenden Männer und Frauen, die am 13. Juni mindestens 20 Jahre alt sind, die nötigen Angaben gemacht werden.

Aus einem Klassen-Elternabend.

Am das Band zwischen Schule und Elternhaus enger zu knüpfen und den Weg zur Mitbew. Zusammenarbeit von Schülern und Lehrern, insbesondere auf dem erzieherischen Gebiete, zu einem verankerten Oberbaue der hiesigen Volksschule einen Klassen-Elternabend.

Erfreulicherweise waren nahezu alle Schülereltern vertreten und zeigten damit, daß ihnen derartige Veranstaltungen, die ja vor allem dem Wohle ihrer Kinder gelten, willkommen sind. Dies zeigte sich besonders auch in der Aussprache, welche nach einer kurzen Begrüßung der Eltern durch den Lehrer und einem kleinen Vortrag des Lehrers über „Zweck und Notwendigkeit der Elternabende“, den ganzen Abend ausfüllte. Bei dieser Aussprache wurde unter allseitiger Zustimmung zum Ausdruck gebracht, daß durch solche Zusammenkünfte Schule und Elternhaus sich zweifellos näher gebracht werden und nicht mehr wie zwei Fremdkörper einander gegenüberstehen. Die Schülereltern lernen hierbei den Lehrer ihrer Kinder kennen und dazu haben sie ein Recht; sie lernen ihn vor allem auch verstehen. Die Eltern bekommen einen größeren Einblick in die Reichhaltigkeit der Schularbeit; aber auch in die Hemmnisse, welche von der Schule zu überwinden sind. (Soziale Verhältnisse, besondere Verhältnisse in den Familien, die ganze Umgebung der Schüler usw.). Fragen, die das Einzelkind betreffen, sollen in einer besonderen Sprechzeit zur Erledigung gelangen, welche den Schülereltern zu gewähren sei. Es könnten dadurch nicht nur manche Störungen des Unterrichts vermieden werden, wie dies bisher durch den unregelmäßigen Besuch der Eltern während der Unterrichtszeit geschah. Zu behandelnde Fragen wären: Fleiß, Aufmerksamkeit, Betragen, Umschulungen, krankhafte Zustände, besondere Vorkommnisse, Berufswahl usw. Bei der Aussprache wurde ferner u. a. auch betont, daß das Betragen der Schüler außerhalb der Schule nur dann ein befriedigendes wird, wenn das Elternhaus die Schule restlos unterstützt.

Zur größten Freude der Schülereltern erklärte sich der Lehrer bereit, die gewünschte Sprechzeit — bis zu einer allgemeinen, grundsätzlichen Regelung, die angestrebt werden muß — auf eine Zwischenstunde an einem Vormittage festzulegen. Mit der Anregung, öfter solche Zusammenkünfte anzubereiten, bei welchen dann auch allgemeine Erziehungs- und Schulfragen besprochen werden sollen, ging die Aussprache zu Ende. Möge dieser Klassen-Elternabend Nachahmung finden, zum Segen junger Jugend.

— M. Weinheim. Am Samstag abend 7 Uhr findet im Saal zum „Schwanen“ die Peter des 1. Mai statt. Ein reichhaltiges Programm unter Mitwirkung der Gesang- und Turnvereine, sowie einer Festansprache von Genosse Stabrat Schwandt bürgen für eine würdige Feier, wozu die organisierte Arbeiterschaft nebst Frauen eingeladen ist. Programm 20 Pf. (einschließlich Lustbarkeitssteuer) am Eingang.

— Große Zufuhren in Seeffischen! Die Wiedereröffnung der städtischen Fischhalle und der Verkauf der Fische durch die Stadt wurde allenthalben begrüßt. In Scharen strömten deshalb die Fischliebhaber gestern herbei, um den verhältnismäßig billigen und nahrhaften Fleischersatz zu erhalten. Der Andrang war ein solch großer, daß sogar zu der berühmten Kolonats-Auffstellung geschritten werden mußte. In diesem überaus großen Andrang drückt sich aber auch die außerordentlich große Nachfrage nach Mitteln der Bevölkerung aus und es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß der Fischverkauf heute und morgen fortgesetzt werden kann. Das Nahrungsmittelmarkt läßt sich sogar, daß große Zufuhren eingegangen sind. Diese erfreuliche Tatsache bildet allerdings eine Seltenheit auf dem Lebensmittelmarkt. Möge sie bald auch bei anderen Nahrungsmitteln eine dauernde Erscheinung werden.

— Gegen Unternehmervillik. Bei der Firma Dyckerhoff und Widmann wurde kürzlich der Betriebsratsvorsitzende gemäßregelt. In einer Versammlung der Angestellten und Betriebsräte am Donnerstag wurde gegen diesen

unhörten Vorkall Stellung genommen und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Betriebs- und Angestelltenräte der Industrie, des Groß- und Kleinhandels von Karlsruhe und Umgebung protestieren mit aller Schärfe gegen die unerhörte Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden Ing. Völl der Firma Dyckerhoff u. Widmann und erklären, daß sie sich geschlossen mit den gesamten Angestellten gegen ein solches Vorgehen aussprechen.

Die Angestelltenchaft von Karlsruhe erwartet auf das allerbestimmteste, daß sich die maßgebenden Behörden umgehend dieses Falles annehmen, um die schwerwiegendsten Folgen abzuwenden.

— Die Krise der badischen Lokalbahnlinien. Die badischen Lokalbahnlinien, die neben der Albtalbahn, die Nebenbahnen Bruchsal—Rensingen, Wiesloch—Waldbrunn und Redarbischofsheim—Löffelhardt, sowie die Wiltshartbahn betreiben, geben bekannt, daß sie seit Kriegsbeginn bis Ende 1918 über 1 Million Mark Verluste erlitten haben und es deshalb unmöglich sei, den Bahnbetrieb weiterzuführen. Die Bahnbewirtschaftung habe mit dem Staat und den Kreisverbänden Verhandlungen wegen Übernahme der Bahnen oder des Aktienkapitals eingeleitet. Falls diese nicht zum Ziele führten, müßte der Bahnbetrieb eingestellt werden.

Die Schicksalsfrage der abendländischen Kultur.

Positiver oder negativer Sozialismus?
Soll das Thema, über das Gen. Redakteur Kapurber von der „Volkstimme“ in Mannheim in der heute abend 8 1/2 Uhr stattfindenden **Parteiversammlung** im Saale 3 der Brauerei Schrempf, Waldstraße, sprechen wird. — Außerdem findet **Berichterstattung über den Parteitag** statt. Genossen, Genossinnen, erscheint zahlreich!

(1) Akademische Volkshochschule. Die Eröffnung findet am 30. d. M., 8 Uhr abends, im großen Hörsaal des Chemischen Instituts der Techn. Hochschule durch einen Ludwig Richter-Vortrag des Herrn cand. arch. Kölmel statt, wozu jedermann herzlich willkommen ist. Nach dem Vortrag werden Anmeldungen entgegengenommen und Auskunft erteilt. Desgleichen werden am 30. d. M. im Hörsaal 29 des Althaus der Techn. Hochschule von 8 Uhr abends ab Anmeldungen entgegengenommen. An beiden Abenden wird außerdem der Stundenplan bekanntgegeben. Weitere Anmeldungen können jeweils nach den Abendkursen erfolgen. Die Kurse beginnen am 3. Mai 8 Uhr abends. Näheres ist aus den Anschlägen ersichtlich, auf die nochmals hingewiesen sei.

Recht der Volkshochschule. Das Gewerkschafts-kartell fordert die Angehörigen der freien Organisation und Angestelltenverbände auf, die akademische Volkshochschule des Sommersemesters 1920 (Mai bis Juli) besuchen zu wollen. Ein Kurs kostet 3 M. und finden solche statt über Deutsch, Rechnen, Geographie, Deutsche Literatur, Kunstgeschichte, Geschichte, Rechtskunde, Chemie des täglichen Lebens, Algebra sowie Hund- und Pferdekunde. Die Kurse können nur aus Besse empfohlen werden und liegen Einzelangehörigen auf dem Arbeiterprezariat, Wilhelmstr. 47, 2. Stod., offen.

I. Verbindlichkeitsklärung des Tarifs im Gärtnergewerbe. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Gärtnergewerbe haben beantragt, den zwischen ihnen am 23. März 1920 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in Gartenanbetrieben gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1915 (Reichsgesetzbl. S. 1456) für das Gebiet der Amtsbezirke Karlsruhe und Ettlingen für allgemeinverbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 10. Mai 1920 erhoben werden.

Der Kampf um die freie Schule. Am Freitag, 30. April, abends 7 1/2 Uhr, wird der bekannte Schriftsteller und Schulreformator Prof. Dr. Ludwig Gurllitt aus München im Saale des „Löwenraubes“ (im Kartengang Ecke Waldstraße) auf Einladung des „Rechts der freien Schulpflichtigen Deutschlands“ über das Thema: „Der Kampf um die freie Schule“ sprechen. Bei dem großen Interesse, die diese Frage gerade jetzt für alle Eltern und Erzieher besitzt, dürfte es von Wichtigkeit sein, sich Aufklärung auf diesem Gebiete von einem der besten Vorkämpfer zu verschaffen. Nach dem Vortrage findet freie Aussprache statt, zu der jedermann eingeladen ist.

Waldwirtschaft in Stutensee. Der Verehrerbund teilt uns mit, daß die Waldwirtschaft in Stutensee, an deren Aufhebung die zuständigen staatliche Stelle gedacht hat, vorerst erhalten bleiben wird. Wir begrüßen dies im Interesse der zahlreichen Anwohner unserer Stadt, die gerade jetzt wieder ihre Schritte sehr gerne nach dem idyllischen Waldschloßchen Stutensee lenken werden.

A. Volkshilfe. Die Anmeldung von Ansprüchen und Einfindung der Papiere, welche die Kriegsbeschädigung und den Kriegsdienstverweigerer betreffen, hat umgehend beim Rechnungs-führer Hof. Krieg, Rübstraße 23, zu erfolgen.

— Konzerte der Sängervereinigung für die Karlsruher Ferienkolonien. Die Karlsruher Sängervereinigung hat zu ihrem Konzert am Donnerstag, 29. d. M., ein vielversprechendes Programm aufgestellt. Der Musikchor selbst, der etwa 1000 Sänger zählt, wird unter Heinrich Lechners Leitung unser schönes Volklied zu Wort kommen lassen. Das beliebte Mitglied unseres Landestheaters Opernsängerin Elisabeth Friedrich wird ebenfalls mitwirken, sowie das Waldhornquartett des Landestheaters. Der Besuch des Konzerts ist sehr zu empfehlen, da einerseits den Besuchern ein großer Genuß bevorsteht und andererseits der Reinerrtrag den über 5000 unterernährten Karlsruher Kindern aus den Volks- und höheren Schulen zugute kommen soll.

Wetter- und Lichtspiele. Waldstraße 30 gelangt ein fünfstündiges Drama zur Aufführung; ferner ein festonelles Drama von Max Kroll „Nach der Verurteilung“ — Sailerstraße 22: „Der Schalenpieler“, ein Meisterwerk; ferner „Der Tänzende Tod“. Der heiteren Teil des Wiesenprogramms bildet ein zweistündiges Lustspiel „In Vertretung“. — Kaiserstraße 6 spielt den seit einer Woche hier mit großem Erfolg gezeigten Film „Fräulein Rutter“, ein Schauspiel in 5 Akten. Großen Anklang findet das Lustspiel „Der Klub der Weiberfeinde“.

Valuta-Bericht vom 27. April.

Der Markkurs in der Schweiz erfuhr heute eine weitere Erigerung bis etwa 9,67 1/2 Centimes. Anschließung Holland notierte etwa 21,15 M. per holl. Gulden; Schweiz etwa 10,25 M. per schw. Fr.; England etwa 222 M. per 100 Sterling; Frankreich etwa 343 M. per frz. Fr.; Neuyork etwa 58 1/2 M. der Dollr.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 27. April. In der Nacht vom 18. April wurde ein Einbruch in den Hildesheimer Dom verübt, und aus der Schatzkammer eine große Anzahl von Reliquien von unschätzbarem Wert gestohlen. Als Täter wurde jetzt der Schlosser Willy Hentemann aus Hildesheim, der in Berliner Verbrechertreibern unter dem Namen Bobby bekannt ist, und der Schmidt Wilhelm Turpinger aus Bochum ermittelt. Die geraubten Schätze hatten sie in Halensee vergraben. Das Hildesheimer Domkapitel hat seinerzeit 10 000 M. für die Ergründung der Täter ausgelegt.

Berlin, 27. April. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge hat sich Frithjof Hansen auf Vitten des Völkerbundes bereit erklärt, die Leitung des LKW-Transportes der Kriegsgefangenen aus Sibirien zu übernehmen.

Berlin, 27. April. Der Fernsprecherverkehr zwischen Frankreich und Deutschland wird am 1. Mai wieder aufgenommen werden.

Leipzig, 27. April. Das Reichsgericht hat die Revision des ehemaligen Jährhies von Herzfeld verworfen, der von Schwurgericht des Landgerichts Berlin I wegen schwerer Körperverletzung Erzberger zu 1 1/2 Jahren Gefängnis beurteilt worden war.

Köln, 27. April. Bei der heutigen Güterversteigerung in Düsseldorf gingen nach der „Kölnischen Zeitung“ die Preise teilweise bis auf ein Viertel der bei der Versteigerung am 8. März erzielten Preise zurück.

Rotterdam, 27. April. Ein drahtloses Telegramm meldet aus Moskau, daß 200 Lokomotiven, die die Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten angekauft habe, in Neval angekommen sind, von wo sie nach Petersburg gehen. Es sind auch Verträge mit amerikanischen Firmen über die Lieferung einer Zahl von Eisenbahnwagen abgeschlossen worden.

Letzte Nachrichten.

Aus der Sitzung des deutschen Beirates für Wiedergutmachungsfragen.

Berlin, 27. April. In der ersten Sitzung des Deutschen Beirates für Wiedergutmachungsfragen erklärte Gen. Rat Dr. Kuppel, Frankreich sei bisher nicht wieder auf das deutsche Anerbieten zur unmittelbaren Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Stellung von Arbeitern zurückgekommen, sobald eine solche Beteiligung Deutschlands vorerit nicht in Frage kommen dürfte. Eine Einigung mit Frankreich in den Verhandlungen über die zum Wiederaufbau notwendigen Lieferungen sei deshalb nicht erzielt worden, weil Frankreich stets die von Deutschland angebotenen und von Frankreich angenommenen Lieferungen nicht abgerufen habe. Die Vergebung der zukünftigen deutschen Lieferungen solle durch Vermittlung aller Sachverbände der Industrie und der Auftragsämter der Länder nach Verteilung durch eine Ausgleichsstelle erfolgen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die durch Vermittlung französischer Büros in den besetzten Gebieten erfolgten Privatlieferungen deutscher Firmen an viele französische Privatleute keinen Einfluß auf die deutsche Wiedergutmachungskommission haben.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, politische Redaktionen und Letzte Nachrichten Hermann Kusel; für Vordrucke, Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heulleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Vorkämpfer Josef Giese; für den Anzeigenteil Oskar Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. („Lassalla.“) Morgen Donnerstag abend punkt 8 Uhr Singstunde; nach derselben Mitgliederversammlung im „Auerhahn“.

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Heute abend 7 1/2 Uhr Singstunde im „Grünwald“. Am Montag, 3. Mai, fällt die Singstunde aus.

Hagsfeld. (Sozialdem. Verein.) Am kommenden Sonntag, 2. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Dirsch“ eine Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht.

Durlach. (Sozialdemokratischer Verein.) Freitag, 30. April, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Lamm“. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Georg Fritz von Rastatt, Schloffer hier, mit Angelina Kienzer von Furtwangen. Georg Hentel von Offenbach, Kaufmann alda, mit Emma Zeis von hier. Heinrich Heide von Hagsfeld, Arbeiter alda, mit Anna Wredt Wme. von hier. Fr. Schöffler von Hagenbach, Bader hier, mit Emma Weibecher von Wankeloch. Julius Gah von hier, Kaufmann hier, mit Anna Käfer von Herbolzheim. Johann Thomas von Wittenheim, Schreinermeister hier, mit Katharina Wenzel Witwe von Rinslingen. Max Glauner von hier, Kaufmann in Durlach, mit Elisabeth Wöh von Worms. Albert Fischer von Reichen, Zimmermann alda, mit Anna Brandel von hier. Erwin Söndle von hier, Geiger hier, mit Klara gesch. Boerner geb. Gehlich von hier. Wilhelm Reiz von hier, Sattler hier, mit Bertha Rahn von Stolp. Karl Uy von Rürich, Buchdrucker hier, mit Rosa Birnbach von Durrerheim. Emil Wedler von hier, Metzger hier, mit Rosa Schilling Witwe von hier. August Häcker von Bruchsal, Hof-Geiger hier, mit Luise Roth von Wörsbach. Josef Bruder von Freiburg, Kaufmann hier, mit Emma Kraus von hier.

Todesfälle. Johanna Walter, Obergarderobiere a. D., ledig, 76 J. alt, Verta Ruster, 89 J. alt, Witwe von Julius Ruster, Baunternehmer. Johannes Grell, städt. Obergärtner a. D., Chemann, 64 J. alt. Sophie Werfel, 71 J. alt, Witwe von Adolf Werfel, Kaufmann. Luise Kößel, 80 J. alt, Witwe von Friedrich Kößel. Ribalmann. Heinrich Sild, Süßbrenner, Chemann, 30 J. alt. Otto Hählinger, Professor. Reg.-Rat, Chemann, 69 J. alt.

Wasserstand des Rheins.

Schweizerinsel 176, gef. 4; Rehl 283, gef. 13; Maxau 448, gef. 7; Mannheim 344 Zentimeter.

Wir sind ständig **Käufer** v. Kriegsanleihen, sämtl. Wertpapiere ausl. Kupons fremder Geldsorten zu höchsten Tageskursen. **Ausführung aller Bankgeschäfte prompt und kulant.**

Gehr. Jung
Bankgeschäft, Karlsruhe
26 Markgrafentstr. 26
gegenüber d. Gewerbe-Schule. — Tel. 3606.
Geschäftszeit: vormitt. 9-12, nachmitt. 2-5 Uhr.

Gewerkschaftsbund der Angestellten G. D. A.

Donnerstag, den 29. April 1920, abends 7 1/2 Uhr im Saale des „Bienenrauchs“ Paffage

Mitgliederversammlung

Tages-Ordnung: „Die neuen Tarifgehälter“

Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands

Im Saale des „Bienenrauchs“, Kaiser-Durchgang, Ecke Waldstr., findet am Freitag, 30. April, abends 7 1/2 Uhr, ein

Öffentlicher Vortrag

hat. Es wird sprechen: Prof. Dr. Ludwig Gurllitt aus München über das Thema:

„Der Kampf um die freie (weltliche) Schule“

Nach dem Vortrag freie Ansprache. Karten im Vorverkauf im Sekretariat des Institut für Fortbildung im Arbeiterhaus Nr. 33 und an der Abendkasse. — Preise der Plätze: die vorderen

Abt. Ges. Gleichheit Sonntag, 2. Mai, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal „Zum Scheffelhof“

Halbjährige General-Versammlung

hat. Anträge hierzu müssen bis Samstag schriftlich eingereicht werden. Der Vorstand.

Die Kriegsabgabe für 1919

kann von unsern Mitgliedern unter den dafür bestehenden Bedingungen in unserer selbstgezeichneten Kriegsleihe zum Nennwert entrichtet werden. Auskunft gibt unsere Effektenabteilung. Vorlegung des Steuerbescheides ist erwünscht.

Vereinsbank Karlsruhe

e. G. m. b. H. 8056

Farrer & Co.

Kohlen Gesellschaft mit beschränkter Haftung Büro: Seeboldstraße 1 empfiehlt

Bündel- u. Auslandsholz

Befellungen können auch im Büro der Firma Stachelhans & Buchloh, G. m. b. H., Rheberer- und Kohlenhandlung, Rheinthalen-Rordbecken, gemacht werden. 3179

Salz-Schnittbohnen Zwiebeln Radolf-Gemüsesuppen Salzheringe Bismarckheringe

empfehlen 3171

Lebensbedürfnis-Verein

Ullpapier und Lumpen jedes Quantum kann zu höchsten Tagespreisen

D. Turner

Telefon 5426, Sophienstraße 66, Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die

Inserenten des Volksfreund.

Phorosan Heilinstitut für Haut- und Geschlechts-Kranke

Karlsruhe, Kaiserstrasse 91, 3. St. Aerztliche Leitung: Dr. med. v. Asten. Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren. Heilung — ohne Berufsstörung — selbst veralteter Fälle, in kürzester Zeit möglich Syphilitisbehandlung, Blutuntersuchungen Behandlung sämtlicher Hautkrankheiten, insbesondere der Bartflechte. Sprechstunden: Werktags 11-1/6, Sonntags 10-1 Uhr. Getrennte Wartezimmer! 3170

Wohlere Anwesen verschiedener Größe in Karlsruhe und auswärts zu verkaufen. 2122

Gütermittlung der Badischen Siedlungs- und Landbank G. m. b. H. Karlsruhe.

Zu kaufen gesucht. Alte Dampfmaschinen, Locomobile, Gas- und Benzin-Motore, Werkzeugmaschinen jeder Art, wenn auch reparaturbedürftig, zu hohen Preisen zu kaufen gesucht. 9278

H. David

Karl-Wilhelmstr. 38. Telefon Nr. 2007.

Genussreiche Stunden durch schöne Hausmusik verschafft ein

Harmonium

Reiche Auswahl zu mässigen Preisen.

H. MAURER

Kaiserstraße 176 Ecke Hirschstrasse. Belehrende Schriften über das Harmonium und die Hausmusik kostenlos.

Schlafzimmer

bestehend aus: dreiteilig. Kleider- und Wäsche-schrank mit Spiegel, 2 Bettstätten einigl. Betten 2 Nachtschritte mit Marmorplatten, Esszimmer-möde mit Spiegelglas, Marmor- und Hahntuchhalter, 2 Stühle in Eichenholz, naturmattiert mit schwarzen Stäben und Antiquar, solide, meistermögliche Arbeit sofort zu verkaufen.

G. Kuppinger, Schreinermeister

Rintheimerstraße 22. 3035

Schuh-Reparatur!

Schuhe werden umgehend mit Gummi-platten mittels patentierter Spezial-maschinen befestigt. Es wird nur Gummi von hervorragender Qualität verarbeitet, daher folgende Vorteile: ebenso haltbar wie Leder wasserfest, leichter Gang. Kein Ersatz. Durchschnittspreis für Herrenstiefel mit Abfügen 30.— Durchschnittspreis für Damenstiefel mit Abfügen 27.— Ausfertigung bei 3050

Keine Wanze mehr.

Nicodan! Erfolg verblüffend. Restl. Verfügl. Beste Zeit z. Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpack Mk. 4.50. Verkauf bei Drog. O. Fischer, Karlstr. 74, Drog. R. W. Lang, Kaiserstr. 24. Bitte ausdrücklich nur Nicodan zu verlangen.

Baubund-Möbel

kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichtert. Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

Badischer Baubund G. m. b. H. Karlsruhe

Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz) Täglich geöffnet von vormittags 8-12, nachmittags von 2-6 Uhr. Fernsprecher 5157.

Unsere Diensträume sind bis auf weiteres für den Verkehr mit nicht vorgeladenen Personen nur am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche vormittags von 9-12 Uhr geöffnet. In den übrigen Tagen sind die Beamten des Dienstes, außer bei dringenden Angelegenheiten, für das Publikum nicht zu sprechen.

Karlsruhe, den 26. April 1920. 1076 Steuerkommissär Karlsruhe-Stadt.

Wegen Reinigung der Diensträume bleiben das Rathaus und die polizeiliche Meldestelle am Freitag, den 30. April 1920, O. S. 150

Karlsruhe, den 28. April 1920. Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

O. S. 149 Maul- und Klauenseuche betr. In der Gemeinde Welscheneureut, Amt Karlsruhe, ist die Maul- und Klauenseuche erloschen. Karlsruhe, den 23. April 1920. 1080 Bad. Bezirksamt.

Maul- und Klauenseuche betr. Nachdem die Maul- und Klauenseuche im Bezirk Müppurr in zahlreichen Gehöften wieder erloschen und auch die Desinfektion vor-schriftsmäßig vorgenommen ist, wird der mit unserer Bekanntmachung vom 3. März 1920 über den Ortsteil: Hauptstraße vom Gehöft Strauß bis zum Gehöft des Gemeindefreke-tars Moh (auschl.) verkündete Sperrebezirt

auf die jetzt veränderten Gehöfte beschränkt. Der Ortsteil Müppurr bleibt vorläufig noch Beobachtungsgebiet. O. S. 143 Karlsruhe, den 24. April 1920. Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom Donnerstag, den 22. April bis auf weiteres wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrstränge in den Straßen des Schlossbergs zwischen der Wald-, Kaiser- und Waldhornstraße: sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen.

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erhebungen des Wasserstands in unterirdischen Rohr-leitungen nicht vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stadt-teilen, ist nicht ausgeschlossen. 1026

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Pferdelleisch-Verkauf.

Einführung der Marke 4. Serie D, ziegelrote Marken. Verkaufsstelle: Durlacherstraße 59. Mittwoch, den 28. April 1920: Nr. 32.001-35.500 Donnerstag, den 29. April 1920: Nr. 35.501-38.200. Köpflmenge: 125 Gramm Fleisch oder Würst. Karlsruhe, den 26. April 1920. 1074 Städt. Fleischamt.

Seefische

Städt. Fischhalle (Ettlingerstr. hinter d. Bierordtsbad.) Heute und morgen Fortsetzung des Fischverkaufs.

Schellfische u. Kabeljau d. Ffd. Nr. 3.20 Ungefärgene (grüne) Frisch-heringe, vorzüglic. Badfisch „ „ „ 3.—

— Große Zufuhren. — Verkaufszeit: Von 8-12 Uhr vorm. und von 2-6 Uhr nachm. Packmaterial mitbringen. Die grüne Lebensmittelauflagekarte ist voranzulegen. 1072

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Gipser gesucht.

Erfahrene, gebildete Herr sucht möbl. Zimmer gut Holz-u. Schlafzimmern Angebote unter Nr. 100 an das Volksfreundbüro.

Gipser

Erfahrene, gebildete Herr sucht möbl. Zimmer gut Holz-u. Schlafzimmern Angebote unter Nr. 100 an das Volksfreundbüro.

Einzelne Damen

Einzelne Damen, die sich für die Beschaffung von Bekleidungsgegenständen interessieren, werden gebeten, sich an die Damenabteilung des Volksfreundbüros zu wenden.

Volksbuchhandlung

Karlsruhe i. S. Friedrich Stampfer: Religion ist Privatsache

Erläuterungen zu Punkt 6 des Erläuterungsprogramms 31.-40. Tausend. Mk. 1.— von 4 Uhr an. 3200

Raucher dank!

ges. gesch. ermögl. in einigen Tagen das Rauchen ganz od. teilweise zu unterlassen. Wirklich bezugsfertig. Vollständig unschädlich. Täglich Anerk. Auskft. vom Institut Englbrecht München R. 99 Kapuzinerstr. 9. 62.

Kaufe!

zu höchsten Preisen Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe und Betten. Zuschrift erb. an S. Ugelrad Effentw. str. 32. 278

Emsi Kratz

Kaisersstr. 1994 Waldstr. Ecke Solinger Stahlwaren

„Nissin“

gegen Kopfläuse Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien

hasen-Stall

stellig, gut erhalten, billig zu verkaufen Gartenstadt Osterweg 2

Offenburger Anzeigen.

Der Beitrag für ein Kind beträgt im städt. schein Kindergarten nach dem Beschluß des Stadtrats von nun an zwei Mark im Monat. Offenburg, den 27. April 1920. 1075 Das Volksschulreferat.

Durlacher Anzeigen.

Ausgabe der Voll- und Magermilchkarten. Die Ausgabe der Vollmilchkarten für den Monat Mai, sowie der Magermilchkarten für die Monate Mai, Juni erfolgt am Donnerstag, den 29. April ds. Jrs. vormittags von 9 bis 1 Uhr, an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben A bis mit S, nachmittags von 3 bis 6 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben T bis mit Z. Jede Familie hat zwecks Empfangnahme der Milchkarte den Lebensmittelausweis mitzubringen. Durlach, den 28. April 1920. Kommunalverband Durlach-Stadt.

Kartoffel-Verforgung.

Kartoffeln: Donnerstag vormittag an die Buchstaben L und M, Donnerstag nachmittag an die Buchstaben N, O, P, Q, R und S, Freitag vormittag an die Buchstaben T, U, V, W und Z. Ausgegeben werden pro Kopf 5 Pfund. Preis pro Pfund 35 J. Die Kartoffeln werden in der Tuchhalle der Friedrichschule ausgegeben. Durlach, den 28. April 1920. Kommunalverband Durlach-Stadt.

Union-Theater

Moderne Hauptstr. 57 Lichtspiel-bühne. Tel. 180.

Ab heute Mittwoch!

Die grosse Sensation der Gegenwart

Der Weg des Leidens

— Fünf Akte. — Ein Traum in fünf Bildern verf. von AAGE BARSOED.

In der Hauptrolle: 3212 Ingeborg Spangsfeld.

Der lustige Ehemann

— Drei Akte. — ERNST LUBITSCH.

Ersklassige musikalische Illustration!

Für Küche u. Haus

Korbsessel mit Wulstlehne Weiden, St. 110 ⁰⁰	Küchentische Gestell Hartholz, Platte, tan- nen, Stück 135 ⁰⁰	Hocker Hartholz Stück 287 ⁵	Wiener Stühle braun pol. Stück 72 ⁰⁰	Küchenstuhl mit Lehne Hartholz Stück 47 ⁵⁰
Blumenständer Weiden gelb Stück 6 ⁹⁵	Leiter-Wagen Hartholz, mit Eisenachsen	75 cm 70 cm 65 72.— 58.— 55.— 90 cm 86 cm 80 105.— 88.— 75.—		Blumantische Weiden gelb Stück 24 ⁰⁰

Reichhaltiges Lager in **Küchen und Küchen-Einrichtungen.**

Im Lichthof: Verkauf von Glas und Steingut — Bedarfsartikel für den Haushalt. 3210

Geschw. KNOPF

„Sozialdem. Verein“ Destringen. Auf zur Maifeier!

Am Samstag, den 1. Mai 1920, im Lokal zur „Sonne“, morgens 1/10 Uhr
Frühschoppen.
Abends 8 Uhr 3218

Familienunterhaltung
mit Theateraufführung und Tanz. Genosse Steinbrunn aus Durlach wird einen Vortrag halten. Zu beiden Veranstaltungen ladet sämtliche Mitglieder des Vereins, sowie Volkfreundlicher Fremdlinge ein. Der Vorstand.

**Sozialdem. Partei
Aue bei Durlach**

Maifeier!

Am Samstag, den 1. Mai 1920, nachmitt. 2 Uhr, sammeln sich die an der Feier beteiligten Vereine in ihren Lokalen, woselbst sie dann mit Musik zum

Umzug
nach dem Sportplatz der Freien Turnerschaft abgeholt werden. Dortselbst Gesang und Musikvorträge. Die Festrede hält Genosse Stöhrer aus Eittingen. — Nach dem Festakt findet in den Sälen „Zum Waldhorn“ und „Zum Sternchen“

Fest-Ball
Matt. Zahlreiche Beteiligung an der Maifeier ist Ehrenpflicht der Arbeiter. Festabzeichen obligatorisch, per Stück 1 Mt.
Das Maifeier-Komitee.

Sozialdemokratischer Verein Ottenu i. Murgtal.

Am Samstag, den 1. Mai 1920 Maifeier.

Programm.
6 Uhr morgens Abmarsch zum Ausflug nach Neuhaus und Selbach mit Musik. Sammelplatz Vereinslokal. Bei Regenwetter 9 Uhr vormittags Frühschoppenkonzert im Saale des Gasthauses zum „Strauß“.
2 Uhr mittags Antreten zum Festzug durch die Ortstragen, anschließend Festrede über die Bedeutung des Tages vor dem Rathaus. Redner: Reichstagskandidat Gen. Berger Ludwig, Wertmeister in Ottenu, nach der Festrede Konzert in der Gartenwirtschaft des Gasthauses zum „Strauß“. (Bei Regenwetter im Saale).
Von 7 Uhr abends ab
in der Turnhalle und im Saale des Gasthauses „Zum Strauß“.
Zu allen Veranstaltungen sind die Ortsvereine hiermit herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Orts-Ausschuß Karlsruhe des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Ortskartell der freien Angestellten-Verbände

Mai-Feier 1920.

Die organisierten Arbeiter und Angestellten begehen die Feier des 1. Mai folgendermaßen:
Samstag, den 1. Mai, morgens halb 10 Uhr:
Großes Doppel-Konzert
im Stadtpark, verbunden mit Vortrag von Einzel-Chören der verschiedenen Arbeiter-Gesangsvereine.

Festrede.
Eintrittskarten für Erwachsene 50 Pf., für Kinder unter 14 Jahren 20 Pf., sind an dem Stadtparkeneingang erhältlich.
Samstag, den 1. Mai, abends 7 Uhr:

Fest-Feier
in beiden Sälen der städtischen Festhalle, unter gütiger Mitwirkung von Prof. Stoja Klimentovic, Frau Margarethe Six und Herr Felix Baumbach vom Bad. Landestheater, des Frauengesangs, der Arbeiter-Gesangsvereine, sowie der Freien Turnerschaft Karlsruhe und des Arbeiter-Radsportvereins „Solidarität“ Karlsruhe. 3208
Am Flügel: Herr Gesangsmeister Willy Giffner.
Festrede von Stadtrat Dr. Dieck.
Nach Beendigung des Programms: **Ball.**
Eintritt: Herren 2 Mark, Damen 1 Mark.

Programme gelten für den Eintritt und sind im Vorverkauf erhältlich bei: Arbeitersekretariat, Wilhelmstr. 47 II, Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstr., Volksbuchhandlung, Adlerstr., Zigarettenhandlung Fritz Köpfer, Mühlburgerstr., Rest. Haus, Ecke Georgfriedrich- u. Gerwigstr., „Auerhahn“, Schützenstr., Verlag des „Volkstribun“, Luisenstraße.

Bekanntmachung

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.

Die Ziehung der 5. Klasse der 15. Preussisch-Süddeutschen (241. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 7. Mai 1920 beginnen.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 5. Klasse hat bis spätestens Samstag, den 1. Mai d. J., abends 6 Uhr, bei den zuständigen Badischen Lotterieverwaltern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 21. April 1920.
Landeshauptkasse 1086
als Landesbehörde f. die Natl. Klassenlotterie

Preussisch-Südd. Klassen-Lotterie

mit 174 000 Gewinnen und 2 Prämien
von **64 Millionen Mark**
Zu der am 7. Mai bis 2. Juni stattfindenden 5. Hauptziehung sind Kauflose noch zu haben
1/2 Los Mt. 26.25, 1/4 Los Mt. 52.50,
1/2 Los Mt. 105.—, 1/4 Los Mt. 210.—.
Erneuerung der Lose vor dem 2. Mai erbeten
Bad. Lotterie-Einnehmer Pecher,
Zirkel 30.
Gewerbe- u. Vorverkaufsbüro, geg. d. Bad. Pr.

Arbeiter! Agitiert für den „Volkstribun“!

Alle Friseurgeschäfte

bleiben am 1. Mai geschlossen und sind dafür am Sonntag, den 2. Mai vormittags von 8—11 Uhr geöffnet.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, dass ab 1. Mai ein Preisaufschlag für unsere Arbeitsleistungen in Kraft tritt.
Der Innungs-Vorstand. 3219

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

(S. B.)
Montag, den 10. Mai,
abends 1/8 Uhr
halbjährliche
Generalversammlung
im Lokal.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Beitragserhöhung.
3. Anträge.
4. Verschiedenes.
Anträge sind bis spätestens 5. Mai beim Vorstand einzureichen.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder gebeten, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand. 3207

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 28. April 1920. 1077
Kameraden
Komödie in vier Aufzügen von A. Strindberg
Anfang 7 Uhr. Mk. 9.30 Ende nach 9 Uhr

Welt-Kino

Telephon 5448 Kaiserstrasse 133
Der großen Nachfrage wegen
bis Freitag verlängert.

Dämon der Welt.

2. Teil.
Wirbel des Verderbens
Es versäume niemand sich dieses, der jetzigen Zeit angepaßte Filmwerk anzusehen. 3213

Kragen

-Wäscherei Schorpp

liefert schnellstens
**Stärke-
Wäsche**
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-
Wilhelmstr. 5,
Kaiserstr. 34 u. 213
Gerwigstrasse 45
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 32
Augustastrasse 13
Schillerstrasse 13
Kaiserliches 87
Gabelbergstr. 1
Rheinstrasse 13.
Durlach: 3011
Hauptstrasse 15.

Trauringe, Gold- u. Silberwaren

empfehlen
Christ. Fränke, Goldschmied
Karlsruhe, Passage 7.

Leiterwagen — Kastenwagen

Speck, Sommerstr. 30a.
Erfahrungreicher, empfiehlt 2935

Residenz- Lichtspiele

Spielplan vom 28. bis 30. April
Waldstrasse 30.

Das Land der Verheissung

Spannendes Drama in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
**Wanda Treumann
Eugen Burg .: Hugo Flink.**

Fluch der Vererbung

Sensationelles Drama in 5 Akten.
Hauptdarsteller:
**Mario Rebler - Hans Rhoden
Felix Norfolk - Dora Kaiser.**

Anfang 4 Uhr .: Ende 11 Uhr.

Der Schattenspieler

Sensationelles Drama in 5 Akten nach einer Novelle von K. H. Strobl.
Hauptdarsteller:
**Fritz Greiner
Hilde Wall
Camillo
Triembacher**

Der tanzende Tod

Gesellschafts-Drama in 5 Akten von
Max Neufeld.
Hauptdarsteller:
**Liane Haidt
Willy Klisch
Karl Ehmann.**

In Vertretung

Köstliches Lustspiel in 2 Akten.
Anfang 4 Uhr
Ende 11 Uhr.

Fräulein Mutter

Schauspiel in 10 Akten von
Kitty Aschenbach.

Der Club der Weiberfeinde

Lustspiel in drei Akten.
Anfang 4 Uhr
Ende 11 Uhr.

Herren-Hüte

in Filz, Stroh und Panama
werd. tadello
gewaschen u.
modernisiert.
K. Hort
Hertenstr. 15.